

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Präsidentenwahl in der Türkei: HDP nach den Wahlen gestärkt – S. 4*
- *Lohndiskussion – Konjunkturausblick: wolkig – S. 6*
- *Land- und Oberlandesgericht München hebeln Freiheit der Kunst aus – S. 13*
- *This is not Detroit: Zur Entwicklung der Opel-Flächen in Bochum – S. 16*
- *Uri Weltmann (KP Israel): Der lange Weg nach Gaza – S. 18*

Ausgabe Nr. 7 am 17. Juli 2014, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

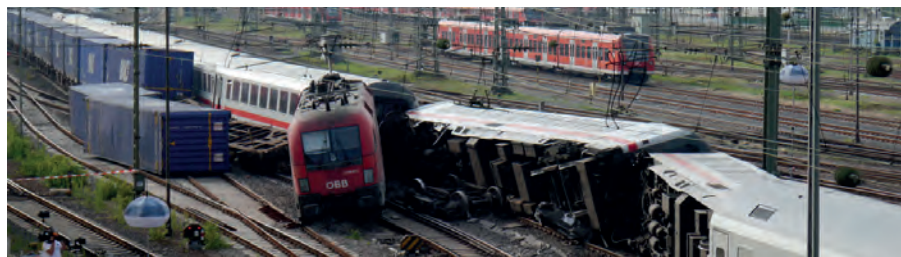
Bank:

Unterschrift:

Eisenbahnergewerkschaft zum Zugunglück in Mannheim

Am 1. August stieß ein Güterzug mit einem vollbesetzten Fernzug im Bahnhof Mannheim zusammen, Personen wurden verletzt, der Sachschaden ist enorm. Nach ersten Untersuchungen der Staatsanwaltschaft scheint der Lokführer des Güterzuges Haltesignale mißachtet zu haben und eine automatische Zwangsabbremmung aufgehoben zu haben. Für die Eisenbahner- und Verkehrsgewerkschaft EVG ist dieser Unfall Anlass, nach den Sicherheitsbestimmungen zu fragen, hier aus zwei Pressemitteilungen der EVG:

Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner hat angekündigt, den Eisenbahnunfall von Mannheim zum Thema der nächsten Aufsichtsratssitzung der Deutschen Bahn zu machen. Gleichzeitig forderte Alexander Kirchner die Politik auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. „Der politisch gewollte Wettbewerb nimmt mittlerweile beängstigende Formen an“, sagte er. So sei das niederländische Unternehmen ERS Railways wohl eine Tochter der britischen Eisenbahngesellschaft



Freightliner, die am Unfalltag den Güterzug mit einer österreichischen Lok gezogen habe. Der Lokführer selbst sei kein Mitarbeiter von ERS, sondern bei einem Personaldienstleister beschäftigt, da ERS ausschließlich mit Leiharbeitern arbeite.

„Um die hohen Sicherheitsstandards im Eisenbahnverkehr auf Dauer gewährleisten zu können halten wir Regelungen für erforderlich, die einen solchen Wildwuchs unterbinden“, machte Kirchner deutlich. Nur dann sei auf Dauer ein ordnungsgemäßer Eisenbahnbetrieb zu gewährleisten.

Der Einsatz von Leiharbeitern dürfe nur die Ausnahme, nicht aber die Regel sein. So fordere die EVG seit langem bundesweit einheitliche Standards bei der Ausbildung von Lokführern. „Eine Lok zu fahren ist eine sehr verantwortungsvolle Tätigkeit, die nicht in ein paar Wochen zu erlernen ist, sondern fundierte Kenntnisse und Qualifikationen voraussetzt“, machte Kirchner deutlich. „Deshalb brauchen wir klare Bestimmungen und strenge Kontrollen bei der Ausbildung, um das nötige Qualitätsniveau zu halten“, so Kirchner.

Gleichzeitig setze sich die EVG für eine so genannte elektronische Fahr-

erkarte ein. Anders als im Lkw- oder Busbereich werden die Fahr- und Ruhezeiten eines Lokführers nirgendwo erfasst. „Das lädt schwarze Schafe zu Missbrauch geradezu ein, zumal es auch an den entsprechenden Kontrollen mangelt“, kritisierte EVG-Vorstand Reiner Bieck. Insbesondere in kleineren Unternehmen oder bei Personaldienstleistern, die Lokführer an Verkehrsunternehmen verleihen, gäbe es keine Gewerkschaften und Betriebsräte, die über die Einhaltung bestehender Arbeitszeitvorschriften wachen würden. „Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf, insbesondere um Lokführer vor möglichen Begehrlichkeiten ihrer Arbeitgeber zu schützen“, so Reiner Bieck. Auf einer elektronischen Fahrerkarte könnten alle Fahr- und Ruhezeiten digital erfasst werden, zudem die jeweiligen Qualifikationen und Befähigungen eines jeden Lokführers, bis hin zum Nachweis der notwendigen Streckenkenntnis.

Politisch sei ein solches Vorgehen aber nicht gewollt. So werde seitens des Bundesverkehrsminister im Hinblick auf die von der EVG geforderte euro-

paweite Einführung allein die Frage nach dem Kosten-/Nutzen-Verhältnis, nicht aber die der Prävention oder Vorbeugung gestellt. Getreu dem Motto: Bislang ist ja noch nicht viel passiert. „Das halten wir für fatal“, so Reiner Bieck. Ähnlich würden die Verkehrsminister in ganz Europa vorgehen. So habe das Europäische Parlament in seiner 1. Lesung zum umstrittenen 4. Eisenbahnpaket die EVG-Forderung nach einer Kontrolle der Fahr- und Ruhezeiten mittels einer elektronischen Fahrerkarte aufgenommen, diese sei aber anschließend von den Verkehrsministern wieder aus dem Paket herausgenommen worden.

EVG-Vorstand Reiner Bieck machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass in Deutschland schon seit einiger Zeit auch „selbstständige Lokführer“ ihre Dienste anbieten würden. Diese arbeiteten als „Freelancer“ auf eigene Rechnung und hätten schon deshalb ein Interesse daran, an Fahraufträgen mitzunehmen, was immer sich anbietet. „Dass die politisch Verantwortlichen diese Grauzone nicht regeln und lieber die Augen verschließen, ist für uns völlig unverständlich“, machte Bieck deutlich.

Mindestens zehntausend Menschen fliehen vor IS nach Rojava – Humanitäre Hilfe notwendig

Während hier diskutiert wird, ob und wie die BRD militärisch in den innerirakischen Konflikt eingreifen soll, fordern direkt Betroffene aus der PKK Hilfe durch die Vereinten Nationen. Interessant als Hintergrund ist die Stellung der PKK zu den Fragen Staatlichkeit und Lösungsmöglichkeiten für die religiösen und politischen Konflikte in der Region. Wir bringen dazu einige wenige Auszüge aus einem Interview, das der Kurdistan-Report Anfang des Jahres mit dem Mitglied des Exekutivrates der KCK, Duran Kalkan, führte. Auch der Kandidat der Linken bei den türkischen Präsidentenwahlen sieht einen eigenen Staat nicht als Ziel für die Kurden, siehe dazu den Artikel auf Seite 4.

civaka-azad.org, 10.8. Seit der Einnahme der êzidischen Stadt Sengal (Sindschar) am 3. August durch die Organisation „Islamischer Staat“ befinden sich weiterhin mehr als hunderttausend Menschen auf der Flucht. Ein Teil der Flüchtlinge ist nach Rojava gelangt. Über einen sicheren Korridor, der durch die Kämpferinnen und Kämpfer der YPG (Volksverteidigungseinheiten; aus Rojava/Nordsyrien) und der HPG (Volksverteidigungskräfte, bewaffnete Guerillakräfte der PKK) gesichert wird, konnten mehr als 10.000 Menschen von den Sengalbergen, auf die sie vor der IS geflüchtet waren, in die Stadt Derik in Rojava Zuflucht finden. Dort leben sie derzeit in dem Newroz-Flüchtlingscamp.

Allerdings leiden die Menschen auch dort an Lebensmittelknappheit. Der Kanton Cizîre, in welchem sich das Flüchtlingscamp bei Derik befindet, ist selbst einem wirtschaftlichen Embargo ausgesetzt, sodass es an der Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung nicht nur für die Flüchtlinge aus Südkurdistan/Nordirak sondern für die gesamte Bevölkerung des Kantons mangelt. Der Vorsitzende der Übergangsregierung des Kantons Cizîre, Ekrem Hiso, ruft aufgrund der erschwerten Versorgungslage die UN dringend zu humanitärer Hilfe auf. Hiso erklärt auch, dass die UN bislang auf keinen Aufruf zu humanitärer Hilfe reagiert habe und fährt wie folgt fort: „Als Bevölkerung und Regierung tun wir alles in unserer Hand stehende für die Flüchtlinge. Um sie vor den Angriffen des IS zu schützen, sind unsere YPG Kräfte kämpfend bis nach Sengal durchgedrungen und haben dort einen sicheren Korridor für die Menschen errichtet. Allerdings können wir mit unseren begrenzten Mitteln unseren Geschwistern aus Sengal nicht im ausreichenden Ausmaß Hilfe leisten. Aus diesem Grund rufen wir die UN erneut dringend zur Hilfe auf.“

Demokratische Autonomie versus Nationalstaat, Duran Kalkan, Mitglied des Exekutivrates der KCK im Gespräch für den Kurdistan Report

Was können wir unter Demokratischer Autonomie oder dem Demokratischen Konföderalismus verstehen? Ist dieses System regional begrenzt und wird damit nur die kurdische Bevölkerung angesprochen?

Die Demokratische Autonomie kann ich, indem ich einen historischen Abriss mache, wie folgt erklären: Früher gab es die Bezeichnung einer außerstaatlichen Gesellschaft, die später auch als Zivilgesellschaft bekannt wurde. Sie stand auch für demokratische Errungenschaften. Gewisse Teile der Gesellschaft haben durch eine Form der Selbstorganisation gewisse ökonomische und demokratische Rechte errungen. Vor einiger Zeit waren beispielsweise in Westeuropa die Gewerkschaften sehr stark. Ihnen gelang es innerhalb ihres Systems, einen gewissen Lebensstandard für ihre Mitglieder zu gewährleisten.

Die Demokratische Autonomie bedeutet eigentlich, Strukturen dieser Art zu stärken und in verschiedenen weiteren Bereichen auszubauen. Das heißt, demokratische Errungenschaften in eine außerstaatliche demokratische Gesellschaftsorganisation umzuwandeln. Das System (in Westeuropa) basierte mehr auf Klassenkampf. Die ArbeiterInnen versuchen, mit ihren Gewerkschaften und Parteien durch Streiks oder Lohnverträge Rechte zu erlangen, zu festigen. Die Demokratische Autonomie bedeutet, dies auf alle Teile der Gesellschaft auszuweiten. Ohne den Staat zu zerschlagen, aber auch ohne ihre Rechte dem Staat zu überlassen, können wir das machen. Mit dem Staat wird dadurch eine neue Vereinbarung, ein neuer [Gesellschafts-]Vertrag geschaffen. Die Demokratische Autonomie oder der Demokratische Konföderalismus haben eine solche Vereinbarung als Ziel. In diesem Sinne ist die Demokratische Autonomie nicht ein System, das allein für die KurdInnen gedacht ist. Alle unterdrückten und ausgebeuteten Teile der Gesellschaft können mit diesem System unter den gegebenen Bedingungen in den Regionen der Welt ihre eigenen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Rechte erringen.

Nun aber hat der Staat durch die Bildung des Nationalstaats – gemeinsam mit einer Faschisierung – einen extremen Zentralismus etabliert. Er will über alles bestimmen. Wenn jedoch eine Organisation im Sinne der Demokratischen Autonomie vorange-

trieben würde, könnte die Basis der Menschen über sich selbst bestimmen. So kann beispielsweise ein Dorf, eine Kleinstadt, ein Stadtteil oder eine Stadt sich selbst verwalten. Die Formel lautet: „Staat plus Demokratie“ – mit dem Ziel, den Staat zu verkleinern und die demokratische Gesellschaft auszuweiten.

Dies ist zunächst ein Modell für die Lösung der kurdischen Frage. Nationale Fragen können auf diese Weise gelöst werden. Auch religiöse Fragen lassen sich so lösen. Das gilt vor allem, wenn verschiedene Religions- und Volksgruppen miteinander leben. Was vielleicht noch wichtiger ist, auch wirtschaftliche Fragen lassen sich auf diesem Wege lösen. Unterdrückung und Ausbeutung werden bekämpft. Denn wenn eine zentralistische und auf Ausbeutung fußende Wirtschaft durch eine Wirtschaft abgelöst wird, die sich an den Bedürfnissen der Menschen an der Basis orientiert, können Lösungen für bestehende Fragen auf der Grundlage des benannten Modells geschaffen werden. Das ist das Ziel des Demokratischen Konföderalismus.

Unter den gegebenen Bedingungen haben die herrschenden Kräfte, die Bourgeoisie, die VertreterInnen der kapitalistischen Moderne in ihrem Sinne eine Organisation etabliert, die dem Rest der Gesellschaft vorschreibt, dass sie nach ihren Vorstellungen, also nach den Vorstellungen der Herrschenden, zu sein und zu leben haben. Sie drängen sozusagen ihr System der Gesellschaft auf. Demgegenüber sagt das System der Demokratischen Autonomie: „Nein, Ihr müsst nicht wie sie sein. Ihr seid ein Teil der Gesellschaft. Ihr habt eine eigene Kultur, Euer eigenes Verständnis von Moral und ein eigenes Lebenssystem. Ihr könnt Eure eigenen Probleme selbst lösen. Deshalb müsst Ihr eure eigene Moderne, eure eigene Organisation und euer eigenes Lebensverständnis entwickeln und umsetzen.“

Das alte an den Staatsgedanken gebundene Paradigma des Sozialismus, oder besser der Versuch des Sozialismus, hat es nicht geschafft, einen Internationalismus aufzubauen. Er hat stattdessen neue Hegemonien hervorgebracht. Die demokratische Moderne bzw. der Demokratische Konföderalismus unterbinden demgegenüber die Bildung neuer Hegemonien. Es sollen in diesem System ausschließlich Beziehungen, Bündnisse und solidarische Verhältnisse auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Freiheit entstehen. Und das ist eine neue Form des Internationalismus.

Quelle: Kurdistan Report 171 Jan./Feb. 2014

HDP nach den Wahlen gestärkt

Die ersten direkten Präsidentenwahlen in der Türkei am 10. August konnte Ministerpräsident Erdogan von der AKP mit 51,6 Prozent für sich entscheiden. Wie erwartet, blieb der gemeinsame Kandidat von CHP und MHP, Ihsanoglu, mit 38,56 Prozent deutlich dahinter zurück. Für den Kandidaten der HDP, Dermitas, stimmten 9,78 Prozent. Seine Kandidatur war von sieben weiteren linken Parteien unterstützt worden.

Gegenüber den Kommunalwahlen vom März dieses Jahres sank die Wahlbeteiligung um mehr als 13 Prozent. Stimmten für die AKP im März noch ca. 23,85 Mio. Menschen, waren es jetzt 20,67 Mio. für Erdogan. Das rechtsnationalistische Bündnis von CHP und MHP sowie acht kleineren Parteien, die den islamischen Wissenschaftler Ihsanoglu aufgestellt hatten, kamen im März auf ca. 24,43 Mio. Stimmen, jetzt aber nur noch auf 15,43 Mio. Nur Dermitas konnte einen Stimmzuwachs verbuchen: Für die HDP stimmten bei den Kommunalwahlen ca. 3,29 Mio. Wähler, bei den Präsidentschaftswahlen waren es 3,91 Millionen. Anhand der Auszählung nach Städten ist zu sehen, dass der Stimmzuwachs aus den türkischen Städten kommt.

Die Türkei ist in 81 Provinzen aufgeteilt. In 54 Provinzen errang Erdogan eine Mehrheit. In Rize am Schwarzen Meer kam er auf über 80, in Ankara auf 56 und in Istanbul auf 52 Prozent. Die Landbevölkerung der zentralanatoli-

schen Provinzen wählte Erdogan. In 16 Provinzen gewann Ihsanoglu (fünf weniger als bei den Kommunalwahlen). In Izmir erreichte er 59 und in Edirne an der bulgarisch-griechischen Grenze 65 Prozent. Wie bei den Kommunalwahlen stimmte in 11 kurdischen Provinzen eine Mehrheit für den HDP-Kandidaten Dermitas. In den Provinzen Hakkari und Sirnak erhielt er 82 Prozent (ca. 16 Prozent für Erdogan), in Diyarbakir über 62 Prozent.

Die Hoffnung Erdogans, mit den kurz vor der Wahl vorgestellten weiteren Schritten für eine Beendigung des bewaffneten Konflikts mit der PKK, von

den ca. 20 Mio. Kurden mehr Stimmen zu erhalten, ist nicht aufgegangen. Vielmehr hat sich erstmals eine gemeinsame kurdisch-türkische Oppositionspartei in einer landesweiten Wahl stabilisiert.

Ihr ist zuzutrauen, dass sie bei den Parlamentswahlen im kommenden Jahr die Zehn-Prozent-Hürde schafft und die kurdischen Abgeordneten nicht als „Unabhängige“ kandidieren müssen. Die HDP vertritt eine Stärkung von regionalen Strukturen, eine Beschränkung der Machtkompetenzen von Präsident und Regierung und von der Verfassung garantierte Rechte für



Stimmzettel mit den Fotos der drei Kandidaten für die Präsidentenwahl

Auszüge aus Interviews mit dem Ko-Vorsitzenden der HDP Selhattin Demirtas in der deutschen Presse

Der 41jährige Selahattin Dermitas ist Ko-Vorsitzender der HDP (Demokratische Partei der Völker). Die HDP wurde von der kurdischen BDP und türkischen Linksparteien gegründet und trat erstmals zu den Kommunalwahlen im März im Westen der Türkei an. Die Abgeordneten der BDP im türkischen Parlament, die kurdischen Bürgermeister und Stadt- und Kreisabgeordneten sind nach den Kommunalwahlen in die HDP übergetreten.

Berliner Zeitung, 22.7.2014: „...Viele glauben, es gehe bei der Wahl um eine Grundsatzentscheidung zwischen einem autoritären Präsidialsystem, wie es Erdogan anstrebt, und einer Präsidentschaft, die innerhalb des existierenden konstitutionellen Systems funktioniert.“

Stimmt. Aber ich halte beides für falsch. Ich glaube, dass die Türkei eine neue Verfassung braucht, in der die Kompetenzen der Regierung und

des Staatspräsidenten verringert und stattdessen die Regionalparlamente und Regionalverwaltungen gestärkt werden. (...)

Es gibt Stimmen, die vor einer Diktatur warnen, wenn Erdogan Staatspräsident wird. Sehen Sie Gefahren für die Demokratie in der Türkei?

Es gibt Gefahren. Sie gehen aus von Erdogans Politik der bewussten Polarisierung der Gesellschaft, seiner Ein-Mann-Politik und dem damit verbundenen Autoritarismus. Parlament und Justiz verlieren immer mehr Kompetenzen. Seit fünf bis sechs Jahren gibt es gewaltige Verletzungen der Meinungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit, ist das Recht auf Leben immer wieder genommen worden, ohne dass dies strafrechtlich verfolgt wurde. (...)

FAZ, 20.7.2014: „Sie haben keine Chance, zum Präsidenten der Türkei gewählt zu werden. Worin besteht der Sinn Ihrer Kandidatur?“

Die Präsidentenwahlen sind nur eine Etappe. Meine Kandidatur ist Teil einer langfristigen Oppositionsstrategie. In der Türkei ist um Erdogan eine Struktur entstanden, die nicht demokratisch gesinnt ist. Die Oppositionsparteien CHP und MHP sind ebenfalls nicht demokratisch gesinnt, sie sind rückständig und leben in einer Türkei, die es seit 30 Jahren nicht mehr gibt. (...)

Es existiert nämlich ein drittes Lager in der Türkei, das für Vielfalt und bürgerliche Freiheiten eintritt. Kurden gehören dazu, Aleviten, Sozialisten, Sozialdemokraten, demokratische Konservative, die Frauenbewegung, Umweltaktivisten. (...)

Mit Ihrer Forderung nach einer Abschaffung der Wehrpflicht und der Religionsbehörde Diyanet machen Sie sich bei der Mehrheit der Türken allerdings nicht beliebt.

Die Abschaffung von Diyanet ist wichtig, weil dieses Amt immer die

Minderheiten, Glaubensrichtungen.

Erdogans bisherige Politik der Verteilung von Posten im Staatsapparat und Militär an treue Anhänger, ging in den letzten Jahren einher mit der Verfolgung seiner Gegner in Ämtern, Staatsanwaltschaften, Gerichten, Ermittlungsbehörden, Polizei und Offizieren. Das lässt erahnen, wie Erdogan sich sein „osmanisches“ autoritäres Präsidialsystem errichten will.

Im Hintergrund von Erdogan stehen die Unternehmensnetzwerke, die den Aufstieg der islamistischen AKP begleitet haben und die die Partei tragen. „Die AKP garantiert eine investorenfreundliche Politik und vor allen Dingen den Erhalt des gesellschaftlichen Konsens in der Arbeiterschaft. Extreme Arbeitsbedingungen, Vertreibung aus Wohnvierteln und massive Umwelterstörung durch riesige Infrastrukturprojekte und uferlosem Wohnungsbau treten für viele hinter das Versprechen eines sozialen Aufstiegs zurück. So ist der materielle Fortschritt der vergangenen Dekade nicht von der Hand zu weisen. In der breiten Wahrnehmung ist dieser Fortschritt und damit die Aussicht auf einen Aufstieg an die AKP gekoppelt. Selbst die Offenlegung individueller Bereicherung durch Korruption oder solche Desaster wie das Grubenunglück in Soma mit über 300 Toten, die die Kehrseite des Fortschritts auf-



Absolute und prozentuale Stimmergebnisse der drei Kandidaten sowie Karte, der Gebiete, in denen sie jeweils die absolute Mehrheit erzielen konnten.

zeigen, stören diese Wahrnehmung kaum.“ (Erol Babacan in: infobrief-türkei.blogspot.de, 26.7.2014)

Die wirtschaftlichen Wachstumsraten von neun Prozent aus den Jahren 2004 und 2005 sind deutlich gefallen. Die drei Kriege in den Nachbarstaaten Irak, Syrien und der an das Schwarze Meer angrenzenden Ukraine sowie der Krieg in Israel schwächen mittlerweile die türkische Wirtschaft enorm. Die Preise für Lebensmittel sind stark gestiegen in Folge einer Dürreperiode und stärkeren Export von landwirtschaftlichen Gütern nach Russland. Die Exporteinbußen im Irakgeschäft werden dieses Jahr um 2,2 Mrd. Euro betragen. Seit der Eroberung Mossuls durch den „Islamischen Staat“ (IS)

sanken die Exporte im Juli um 46 Prozent gegenüber dem Vormonat. (FAZ, 10.8.2014) Die Pläne, die Türkei zu einem alternativen Energieumschlagplatz für Europa mit kurdischem Öl, Gas aus Aserbaidshan und Israel zu machen, sind bedroht.

Die Außenpolitik Erdogans war auf den Ausbau einer türkischen Vormachtstellung im Mittleren und Nahen Osten ausgerichtet. Dabei schreckte die AKP-Regierung nicht vor der Förderung der islamistischen Kräfte in Syrien zurück. Diese bekämpfen mit direkter materieller Unterstützung die neuentstandene kurdische Autonomieregion. Damit wurden die sunnitische IS und die Al Nusra Front gestärkt, für die die Türkei ein Rückzugsgebiet

Religionspolitik des Staates vertreten und andere Konfessionen benachteiligt hat. Die türkische Wehrpflicht verstößt in ihrer heutigen Form gegen die Menschenrechte, weil es keine Möglichkeit zum Zivildienst gibt. (...)

Erdogan hat den Kurden vor Wahlen oft viel versprochen und danach wenig gehalten. Trauen die Kurden ihm noch?

Nein. Wenn Erdogan nicht unter Druck stand, hat er keinerlei Schritte für die Kurden unternommen. Deshalb geht es bei den Präsidentenwahlen nicht um das Vertrauen in Erdogan, sondern um das Vertrauen in uns selbst, in unsere Ideen und unseren Widerstand. (...)

Im Norden Iraks könnte ein eigenständiger kurdischer Staat entstehen. Unterstützen Sie das?

Es ist nicht sicher, dass staatliche Unabhängigkeit und Souveränität den Kurden eine Garantie für ein friedliches Leben bieten, denn die religiösen und ethnischen Konflikte der Region werden deshalb nicht verschwinden.

Wichtig ist, dass die gesamte Region befriedet wird.“

Die Zeit, 20.7.2014: „Den Umfragen nach wird der jetzige Premierminister Erdogan Staatspräsident der Türkei. Was wird sich dadurch ändern?“

(...) Für uns endet es auch nicht bei dieser Wahl. Im kommenden Jahr wird ein neues Parlament gewählt, und ich bin sicher, dass meine Partei die stärkste Oppositionskraft werden kann. Bei den darauffolgenden Wahlen 2019 könnten wir auch Teil einer Regierung werden. (...) Wir werden die Türkei mitgestalten. (...) Wir sind die einzige Kraft, die Erdogan etwas entgegenzusetzen hat, die einzige Kraft, die seine Macht ausbremsen kann. (...)

Die kurdische Arbeiterpartei PKK wird in den USA, in der EU und damit auch in Deutschland als Terrororganisation eingestuft. Was denken Sie darüber?

Ich plädiere dafür, die Entscheidung zu überdenken, denn momentan führt die türkische Regierung Friedensverhandlungen mit der PKK. Dabei soll es

am Ende auch um Entwaffnung gehen. Deutschland könnte diese Verhandlungen unterstützen, indem es die PKK aus der Liste der Terrororganisationen löscht und die PKK so dazu motiviert, den Widerstand friedlich zu gestalten und sich an der demokratischen Politik zu beteiligen.

Was sind die wichtigsten Forderungen der Kurden im Friedensprozess?

Das sind nicht nur die Forderungen der Kurden, sie betreffen alle Minderheiten und Glaubensrichtungen in der Türkei. Es geht um die Anerkennung von Sprache und Kultur, das Recht, sich politisch zusammenzuschließen. Es geht um Meinungsfreiheit, die Aufhebung der Sperrklausel von zehn Prozent, um Bildung in der Muttersprache, darum, dass Menschen frei und ungestört ihren Gottesdienst verrichten können, eine gerechte und unabhängige Justiz, menschenwürdige Haftbedingungen, oder die Aufhebung der Antiterrorgesetze. Das sind Dinge, die eigentlich die ganze Gesellschaft betreffen, nicht nur die Kurden. (...)

war und das Transitland für Transport und Kämpfer. Allein zehn Prozent der IS-Truppen stammt aus der Türkei. Gleichzeitig vereinbarte Erdogans Regierung mit der kurdischen Regionalregierung Barzanis im Irak ein Geschäft mit Öl gegen Grenzschießung zur kurdischen Region in Syrien.

Diese Politik ist mit der Besetzung von Mossul und dem Angriff der IS auf die Kurdenregion im Nordirak gescheitert. Einheiten der PKK und der syrischen PYD eilten den kurdischen und turkmenischen Flüchtlingen im Nordirak zur Hilfe. Der Aufruf der PKK, die kurdischen Gebiete im Nordirak gemeinsam gegen die IS zu verteidigen brachte auch die Peshmerga-

einheiten von KDP und PUK wieder an die Front. PKK und PYD kämpften einen Korridor für die yezidischen Flüchtlinge ins kurdische Autonomiegebiet in Syrien frei. Die PKK organisierte die Evakuierung von 15000 Menschen des Maxmur-Flüchtlingslagers nahe Erbil. Nach Barzanis Hilferuf an die USA folgten nun die Luftangriffe auf IS-Stellungen im Nordirak sowie Waffenlieferungen an die kurdischen Kampfeinheiten.

Mit dieser Entwicklung haben Erdogan und AKP-Regierung nicht gerechnet. Die PKK und die PYD kämpfen jetzt „gemeinsam“ mit seinen Verbündeten KDP und den USA? Eine Neuausrichtung der Außenpolitik der

Türkei wäre dringend angebracht, sollte die Türkei sich nicht in dieser Region völlig isolieren. Zu befürchten steht aber auch hier, dass Erdogan nicht zu einer Politik des Ausgleichs anstatt Spaltung, Gleichberechtigung anstatt Förderung ethnischer und religiöser Konflikte fähig ist.

Konzepte für eine Demokratisierung der Türkei und für die Befriedung der Region werden von der HDP vertreten. Wenn diese ihre Position in den türkischen Provinzen weiter festigt, kann Demirtas Prognose, „ich bin sicher, dass meine Partei die stärkste Oppositionskraft werden kann“, bei den kommenden Parlamentswahlen eintreten.

Rudolf Bürgel

Wirtschaftliche Lage, Lohndiskussion

Konjunkturausblick: wolkig

„Düstere Wolken über dem Maschinenbau“ titelte jüngst die „Stuttgarter Zeitung“. Anlass dafür war ein Schreiben des Bundesverbands der deutschen Maschinenbauer (VDMA). Der hatte bisher für 2014 einen Anstieg der Umsätze in der Branche um drei Prozent erhofft. Wegen der aktuellen Konfliktherde in der Welt – vor allem in der Ukraine und im Nahen Osten – hätte die Unsicherheit der Investoren zugenommen. Das behindere die Nachfrage in wichtigen Absatzmärkten. Für 2014 erwartet der Verband deshalb nur noch ein Umsatzwachstum in dieser wichtigen Branche von einem Prozent. Faktisch bedeutet das für das zweite Halbjahr bestenfalls eine Stagnation im Maschinenbau. (1) Der nach dieser reduzierten VDMA-Prognose begonnene Krieg zwischen Israel und der Hamas, die jüngste Eskalation des Krieges im Irak und der von den USA und der Nato angezettelte Wirtschaftskrieg gegen Russland dürfte diese Prognose noch weiter nach unten drücken, ist doch Russland ein wichtiger Absatzmarkt für die deutsche Maschinenbauindustrie.

Nicht viel besser sieht es in anderen Bereichen aus. Die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen meldeten im ersten Halbjahr einen Umsatzrückgang um 2,4 Prozent. (2) Im Energiesektor wird hierzulande derzeit kaum noch investiert, die Betreiber insbesondere von großen Kraftwerken fahren ihre Anlagen auf Verschleiß, vielen kommunalen oder regionalen EVUs (Stadtwerken) fehlen wegen der öffentlichen Haushaltslage die Mittel, ihre Anlagen zu modernisieren. Auch in die Modernisierung und den Ausbau der Netze wird, teilweise aus technischen Gründen, zum Teil wegen politischer

Widerstände nur wenig investiert. In der Folge sieht es auch in der Elektrobranche nicht rosig aus.

„Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einem unsicheren Wachstumspfad“, urteilt die Bundesagentur für Arbeit zusammenfassend in ihrem Monatsbericht Juli und ergänzt, nach dem (wetterbedingt) guten ersten Quartal und einem mauen zweiten Quartal sei „der Start in das dritte Quartal ... ausgesprochen verhalten“ gewesen. Die Beschäftigung wachse noch, aber „nicht mehr so kräftig wie in den Wintermonaten“. Sprich: auch auf dem Arbeitsmarkt nehmen die Warnsignale zu. (3)

Hinzu kommt, dass der rigorose Crashkurs, den die Regierung Merkel und ihre Verbündeten in der EU und in der EU-Kommission über Spanien, Portugal, Griechenland und Zypern verhängt haben, mit seinen zerstörerischen „Sparauflagen“ die Wirtschaft dieser Länder dermaßen gegen die Wand gefahren hat, dass die Menschen in diesen Ländern vermutlich noch Jahre brauchen werden, um sich aus diesem Absturz wieder hoch zu arbeiten. Die Lautstärke, mit der die minimalen Wachstumszahlen einzelner dieser Länder derzeit in den Medien gefeiert werden, ist weniger ein Zeichen für die „Erholung“ dieser Länder als ein Schuldeingeständnis derjenigen, die dort in den letzten Jahren ein wirtschaftliches Massaker angerichtet haben. „Hurra, der Patient ist doch nicht tot“, könnte man zynisch rufen. Auf Wachstumsimpulse aus EU-Ländern kann die deutsche Wirtschaft deshalb kaum hoffen, weder kurz- noch mittelfristig. Deutschland müsse sich „auf Jahrzehnte mit Mini-Wachstum gefasst machen“, zitierte die „Frank-

furter Allgemeine Zeitung“ Ende Juli Forscher und spricht von einer „neuen deutschen Wachstumsbescheidenheit“. (4) Dieses Desaster habt ihr angerichtet, möchte man so manchen selbsternannten deutschen „Experten“ in Sachen Crashpolitik zurufen.

All das sind keine guten Signale – weder für die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften, noch für die Finanzminister und Sozialversicherungen. Die Merkelsche EU-Politik der letzten Jahre – wer in Not gerät, wird noch tiefer getreten, Hauptsache die Wohlstandszonen bleiben unbehelligt und die Forderungen der großen Gläubiger werden erfüllt – zeigt auch hierzulande ihre negativen Folgen. Wer die Wirtschaft in anderen EU-Ländern zerstört und die Menschen dort in soziale Not stürzt, muss sich nicht wundern, wenn der eigene Export in solche Regionen stagniert oder sinkt.

Strukturelle Krisenzeichen

Hinzu kommen strukturelle Herausforderungen. Die Arbeitslosigkeit in östlichen Bundesländern ist weiterhin hoch. Mecklenburg-Vorpommern hatte Ende Juli, also mitten in der für dieses Land wichtigen Urlaubssaison, 10,4 Prozent Arbeitslosigkeit. Für Berlin lautete die Arbeitslosenzahl 11,1%, für Sachsen-Anhalt 10,2 Prozent. Auch in westlichen Ballungsregionen nimmt die Arbeitslosigkeit zu. Bremen hatte Ende Juli 11,0 Prozent Arbeitslosigkeit und wird vermutlich schon in Kürze Berlin als das Bundesland mit den schlechtesten Arbeitsmarktzahlen ablösen. Auch in NRW-Städten und in Hamburg steigt die Arbeitslosigkeit. (3)

Hinzu kommen technologische Krisenzeichen. Nach dem Zusammenbruch der deutschen Solarindustrie,

der vor allem die neuen Bundesländer wirtschaftlich getroffen hat, nehmen nun die kritischen Signale in der Leuchtmittelindustrie zu. Die lange Geschichte der Aufteilung des globalen Lichtmarktes durch drei Konzerne – Osram, Philips und General Electric – geht zu Ende. Asiatische Konzerne wie Samsung & Co. haben ihre Dominanz in der Unterhaltungselektronik zum Aufbau riesiger LED-Fertigungskapazitäten genutzt, mit deren Produkten sie jetzt auf dem Weltmarkt auch in anderen Bereichen wie der Gebäude- und Straßenbeleuchtung und auf dem Automarkt vordringen.

Im Automobilbereich läuft die Konjunktur dagegen noch gut. Auch die Fertigung zieht aktuell etwas an. Allerdings haben sämtliche deutschen Automobilkonzerne und mit ihnen die Zulieferkonzerne schon vor Jahren angefangen, ihre Fertigungskapazitäten fast nur noch in den USA und Asien auszuweiten. Nach Angaben des OICA, des Weltverbands der Automobilindustrie, wurden 2007 in Deutschland 5,7 Millionen PKW gefertigt, in den Auslandswerken deutscher Konzerne weitere 5,2 Millionen PKW. 2014 wird erwartet, dass die Fertigungszahlen hierzulande wieder das Niveau von 2007 erreichen. In den Auslandswerken dagegen stiegen die Fertigungszahlen der deutschen Autokonzerne in den letzten sieben Jahren um fast 80 Prozent auf über 9 Millionen PKW. Die Automobilindustrie ist heute ebenso wie die IT-Industrie ein Indikator für die globale Verschiebung der wirtschaftlichen Gewichte. Zwei Drittel aller PKW werden inzwischen in Asien gefertigt. Allein in China fertigen die Beschäftigten inzwischen jedes Jahr mehr PKW als in allen EU-Ländern zusammen. (5)

Das erhöht den Druck auf die Belegschaften in den deutschen Automobilwerken. Wirtschaftliches Wachstum, steigende Stückzahlen in der Fertigung, so die Erwartung nicht nur in der Autobranche, wird es in Europa auf Jahre hinaus kaum noch geben. Wachstum erwartet und beobachtet alle Welt in Amerika, Asien, Afrika. Gleichzeitig wachsen in der Autobranche die Hinweise, dass die Technologie des Otto-Motors schon bald durch elektrische und andere Antriebstechnologien abgelöst werden könnte. Der US-Konzern Elektroauto-Konzern Tesla gab jetzt bekannt, dass er mit dem japanischen Elektrokonzern Panasonic 5 Milliarden Dollar in eine riesige Fabrik in den USA investieren wird, die mehr Batterien für den Antrieb von Autos fertigen soll alle anderen derzeit bestehenden Fabriken weltweit. Damit wächst das Risiko, dass auch im Fahrzeugantrieb die technologische Entwicklung in anderen Weltregionen als in der EU entschieden wird. (6)

Untätigkeit bei Bundesregierung und EU

Eine merkwürdige und ganz unangebrachte deutsche Selbstgefälligkeit – wir sind Weltspitze im Export und brauchen von niemandem auf der Welt Belehrungen anzunehmen – begleitet in der öffentlichen Diskussion derzeit noch diesen Verlust der technologischen Spitzenposition in einem Bereich nach dem anderen. Und die Bundesregierung? Statt massiv in deutlich bessere Bildung zu investieren, die Mittel für Aus- und Weiterbildung, für Universitäten, Forschung und Entwicklung drastisch zu erhöhen, geschieht – ja was eigentlich? Die regierende große Koalition bringt ebenso wie ihre schwarz-gelbe Vorgängerregierung bisher bestenfalls eine Verwaltung des schlechten Status quo in der Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik zustande.

Auch die EU-Kommission ist wenig aktiv und im Augenblick vor allem mit der eigenen Wiederwahl beschäftigt. Sie könnte durch investitions- und wirtschaftspolitische Maßnahmen etwa für die europäische Infrastruktur bei Bahn und Telekommunikation, in Gebieten wie Elektromobilität, Energievernetzung sowie Internettechnologien aktiv werden. Es gibt dazu auch Vorschläge, diese werden aber derzeit nicht realisiert. Stattdessen droht die von den USA und der Nato losgetretene Sanktionsspirale alle europäischen Wachstumsprognosen für dieses und das nächste Jahr zunichte zu machen. Wem nutzt das wohl? Bei den landwirtschaftlichen Produkten, die Russland jetzt woanders einkauft, ist jedenfalls in Ländern wie Argentinien, Brasilien oder Türkei schon Jubel ausgebrochen. Von den Sanktionen der Nato gegen Russland im Industriebereich dürfte insbesondere China profitieren.

Im Ergebnis trüben sich deshalb hierzulande auch die langfristigen wirtschaftlichen Aussichten weiter ein.

Die Bundesbank und die Lohndiskussion

All das sind keine guten Nachrichten für die in den Gewerkschaften laufende Tariffdiskussion. Ende des Jahres laufen die Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie aus, im öffentlichen Dienst enden die Tarifverträge für die Beschäftigten der Länder.

Kurioserweise hat sich nun die Bundesbank in die tarifpolitische Diskussion eingemischt. Zuerst auf einem Treffen von acht Experten der Bundesbank mit zwölf Ökonomen, Arbeitsmarkt- und Tarifexperten der DGB-Gewerkschaften (7), dann durch öffentliche Äußerungen ihres Präsidenten Jens Weidmann empfiehlt die Bundesbank, vermutlich aus Sorge vor einer gefährlichen Kombination aus Stagnation und Deflation, d.h. einer Spirale fallender Preise, die Gewerkschaften sollten ihre Tarifforderungen nicht an kurz-

fristigen Wachstums- und Inflationskennziffern orientieren, sondern an mittelfristigen Trenddaten. Gemeint ist damit: an der mittelfristigen Produktivitätsentwicklung der Gesamtwirtschaft von ein bis zwei Prozent und einer mittelfristigen Teuerung in ähnlicher Höhe. Das ergibt zusammen derzeit eine (Mindest)-Lohnerhöhung von jährlich drei Prozent.

Der Leiter der Tarifaabteilung beim IG Metall-Vorstand, Stefan Schaumburg, sieht dadurch die Tarifpolitik der IG Metall bestätigt. „Präsident Jens Weidmann hat exakt die Berechnung des verteilungsneutralen Spielraums beschrieben, an der wir uns auch orientieren“, erklärte er. (8) Hinzu kommt bei der IG Metall noch eine dritte Komponente, die – je nach Kräfteverhältnis und Auftragslage unterschiedliche – Möglichkeit einer gesellschaftlichen Umverteilung, d.h. einer Erhöhung der Lohnquote. Diese ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten fast kontinuierlich gefallen.

Die Argumente der Bundesbank seien nachvollziehbar, da es ihr ausschließlich um die Geldwertstabilität gehe, erklärte Schaumburg weiter. Die IG Metall befürchte zwar aktuell keine Deflation, sehe aber durchaus die Gefahren dauerhaft stagnierender oder gar fallender Preise für Industrienationen, wie sie in Japan viele Jahre zu beobachten waren.

Die Arbeitgeber dagegen schäumen. Sie werfen der Bundesbank eine „Abkehr von der Beschäftigungsorientierung“ vor. Sie wollen eine weitere Senkung der Lohnquote, um mit Billiglöhnen dann angeblich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Einen Vorschlag, wie die wachsenden Technologieprobleme korrigiert und die viel zu niedrigen öffentlichen und industriellen Investitionen hierzulande angehoben werden können, haben die Arbeitgeber auch nicht.

Die nächsten Tariffbewegungen werden also spannend. Im Herbst wird die IG Metall ihre qualitativen Forderungen aufstellen. Dazu gehört, die tarifliche Altersteilzeit nach der kleinen Rentenreform (ungekürzte Rente nach 45 Beitragsjahren) neu zu regeln und für Beschäftigte jeden Alters die Möglichkeit für bezahlte „Bildungsteilzeit“ zu schaffen, um so bessere Chancen für die berufliche Aus- und Weiterbildung zu erreichen. Im November wird dann – vor dem Hintergrund der dann vorliegenden Konjunkturdaten – die Forderung nach der Entgelterhöhung aufgestellt. *rül*

Quellen: (1) Stuttgarter Zeitung, 1.8.2014; (2) Statistisches Bundesamt, 8.8.2014; (3) Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktzahlen Juli, 31.7.2014; (4) FAZ, 31.7.2014; (5) IG Metall, Automobilindustrie – Stand 29. Juli 2014; (6) Spiegel-Online, 31.7.2014; (7) Der Spiegel, 21.7.2014; (8) Bonner Stadtanzeiger, 4.8.2014.



Italien: Aktionstag gegen Ikea

Am 26. Juli hat ein internationaler Aktionstag gegen Ikea stattgefunden. Protestiert wurde in Piacenza, Mailand, Bologna und anderen italienischen Städten. In Berlin und Hamburg wurde bereits am 25. Juni vor Ikea-Filialen protestiert. Der Grund für den Aktionstag ist die Entlassung von 24 gewerkschaftlich aktiven Arbeitern im Ikea Warenlager in Piacenza im Juni 2014. Seit Mitte Oktober befinden sich die Beschäftigten des Consorzio Gestione Servizi (C.G.S.), das mit dem Warenumsatz im italienischen Ikea-Zentrallager in Piacenza beauftragt ist, im Arbeitskampf. Die Mehrzahl der Beschäftigten sind Migrantinnen, die sich trotz der prekären Lage, dass Aufenthaltstitel an eine Beschäftigung gebunden sind, nicht einschüchtern lassen. Sie haben sich in den letzten Wochen organisiert und zu Streikmaßnahmen gegen miserable Löhne und inakzeptable Arbeitsbedingungen entschlossen. Sie kämpfen für die schlichte Einhaltung des Kollektivvertrags wie überhaupt um die Einhaltung grundlegender Rechte. Die Antwort von Ikea und C.G.S.: Keiner der Forderungen wird nachgegeben, stattdessen wird 107 Beschäftigten gekündigt.

Quelle: <http://ikea.prekaer.at>, 22.7.2014

Ungarn: Hankook verletzt Gewerkschaftsrechte

Seit Beginn ihrer Geschäftstätigkeit in Ungarn geht der führende koreanische Reifenhersteller Hankook unerbittlich gegen Gewerkschaften vor. Der Rauschmiss des lokalen Gewerkschaftsvorsitzenden war die letzte Verletzung in einer Reihe von völlig ungewöhnlichen und außergewöhnlichen Beispielen der schlechten Arbeitsbeziehungen durch das Management der Hankook Tire Hungary GmbH. Die der

IndustriALL angeschlossene globale ungarische Tochtergesellschaft Föderation der Chemie, Energie und General Workers Union (VDSZ) ist empört über diese Handlungen von Hankook Tire. Sie rief zu einer Demonstration der Solidarität unter Beteiligung verschiedener nationaler Gewerkschaften vor der Toreinfahrt des Unternehmens auf. Am 4. August schlossen sich 400 Aktivisten aus über 60 ungarischen Gewerkschaften vor dem Firmensitz zusammen. Die Protestaktion wurde mit Botschaften aus dem Ausland zur Unterstützung des Protestes begleitet. In einem Brief an die Hankook Reifenfirma sagte der Generalsekretär von IndustriALL, Jyrki Raina: „Ich fordere Sie auf, Ihren Einfluss auf das lokale Management von Hankook Tire Hungary GmbH zu nutzen, um die Verletzung von Gewerkschaftsrechten zu beenden und die Schikanen und die Rauschmiss lokaler Gewerkschaftsführer zu stoppen. Es ist zwingend notwendig, dass Hankook Tire Hungary GmbH den unrechtmäßig gefeuerten lokalen Gewerkschaftsvorsitzenden wieder einsetzt sowie sich mit VDSZ zu verständigen, um eine Vereinbarung zu erreichen zur Herstellung fairer Arbeitsbeziehungen in der Firma.“

Quelle: www.industriall-union.org, 5.8.2014

Türkei: Hakan Plastik unterzeichnet Tarifvertrag

Mehr Lebensqualität am Arbeitsplatz verspricht Georg Fischer rund 14 000 Mitarbeitern weltweit, so die Homepage des Schweizer Unternehmens. Das 1802 gegründete Industrieunternehmen betreibt in 32 Ländern 124 Gesellschaften, davon 48 Produktionsstätten. „Das ist ein echter Erfolg, das ist unser Weg, uns weltweit zur Wehr zu setzen“. So kommentierte Kemal Özkan, der Untergeneralsekretär der globalen Gewerkschaft IndustriALL, die Nachricht von der Unterzeichnung eines Tarifvertrages mit Georg Fischer Hakan Plastik. Hakan Plastik ist der führende Anbieter von Kunststoff-Rohrleitungssystemen in den Bereichen Haustechnik und Wasserversorgung in der Türkei, im Mittleren Osten und in Osteuropa. Die Unterzeichnung bedeutet, dass in dem türkischen Tochterbetrieb der Versuch, die Gewerkschaft zu zerschlagen, fehlgeschlagen ist. IndustriALL teilte in einer Presserklärung am 24. Juli mit: „9 000 Unterstützer haben die Kampagne von IndustriALL und LabourStart unterstützt und an Georg Fischer geschrieben, um einen fairen Tarifvertrag und ein Ende der Strategie der Zerschlagung der Gewerkschaftsorganisation von Lasti-Is, einer Gewerkschaft des türkischen nationalen Gewerkschaftsverbandes DISK, zu fordern.“

Quelle: www.labourstart.org, 29.7.2014

Ägypten: Beilegung des Konflikts bei Mondelez

Die Gewerkschaft IUL und Mondelez International (Süßwarenhersteller) haben die Beilegung des Konflikts in Alexandria, Ägypten, um den Status von fünf Vorstandsmitgliedern einer unabhängigen Gewerkschaft, die im Juli 2012 suspendiert worden waren, begrüßt. Mondelez in Ägypten hat jetzt alle fünf Vorstandsmitglieder zu ihren früheren Beschäftigungsbedingungen, ohne für sie nachteilige Bedingungen und mit der Garantie einer vollen Nachzahlung ihrer Löhne und Leistungen, wieder eingestellt. Die Wahlen für die neue Amtszeit des Gewerkschaftsvorstands in der Fabrik werden in Kürze stattfinden. Alle fünf ehemaligen Vorstandsmitglieder werden wählbar sein. Damit wird der langjährige Arbeitskonflikt in Alexandria beendet. Beide Parteien haben zugesagt, künftige Konflikte konstruktiv regeln zu wollen. Darüber hinaus sind Mondelez International und die IUL übereingekommen, die Lehren aus diesem Konflikt zu erörtern.

Quelle: www.iuf.org, 6.8.2014

USA: Arbeitskonflikt der Greyhound-Beschäftigten

Bruce Hamilton, internationaler Vizepräsident der der ITF angeschlossenen Amalgamated Transit Union (ATU), forderte vor wenigen Tagen das US-amerikanische Verkehrsunternehmen Greyhound auf der Jahreshauptversammlung der Muttergesellschaft FirstGroup auf, Verhandlungen wieder aufzunehmen. Greyhound ist in Nordamerika eine Institution. Dieses Jahr feiert das Unternehmen seinen hundertsten Geburtstag. Hamilton zufolge werden die Greyhound-Beschäftigten derzeit jedoch im Verhältnis schlechter bezahlt als 1914. Viele Beschäftigte in den USA und in Kanada bekommen so niedrige Gehälter, dass sie Anrecht auf staatliche Beihilfen haben. Wie Hohn wirken angesichts dessen die Gehaltserhöhungen für die oberste Führungsebene des Unternehmens. CEO Tim O'Toole beispielsweise verdient 2,5 Mio. Euro im Jahr. Gleichzeitig müssen britische Fahrgäste weitere Preiserhöhungen hinnehmen. Die Associated Society of Locomotive Steam Enginemen and Firemen (ASLEF) kritisierte die Erhöhung der Gehälter in der Führungsetage, während die Busverkehrsbeschäftigten in der britischen Gewerkschaft Unite für nächste Woche mit einem Streik in Glasgow für den Fall drohten, dass das Angebot des Unternehmens weiter unterhalb der Inflationsmarke bleibt. Die National Union of Rail, Maritime and Transport Workers (RMT) und Unite kündigten bereits eine internationale

Zusammenarbeit mit der ATU an. In der vergangenen Woche versammelten sich ATU-Aktivist/innen zu einer Kundgebung vor dem US-Hauptsitz von FirstGroup in Cincinnati (Ohio), wo sie für bessere Bedingungen demonstrierten. Aktionen fanden auch in weiteren US-Städten wie Los Angeles und Atlanta statt. Hamilton betonte auf der Jahreshauptversammlung, dass sich die Probleme nur lösen ließen, wenn die Geschäftsführung an den Verhandlungstisch zurückkehre. Mac Urata, Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen, war ebenfalls bei der Hauptversammlung. Er erklärte: „Im First-Group-Jahresbericht heißt es, dass sich das Unternehmen zur Einhaltung der Grundsätze in der IAO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit verpflichtet habe. Wenn es diese Prinzipien in die Praxis umsetzen will, muss es seine Beschäftigten in den USA auch so behandeln wie die in Großbritannien und ihnen annehmbare Gehälter bezahlen. Zusammen mit den Verkehrsgewerkschaften in Großbritannien fordern wir das Unternehmen auf, den Arbeitskonflikt mit den Terminal-Beschäftigten von Greyhound beizulegen.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 18.7.2014

Argentinien: Lehrerstreik

Die Lehrer führten Anfang August in der Provinz Buenos Aires einen 48-stündigen Streik durch. Er betrifft 20.200 Schulen mit rund drei Millionen Schülern. Die Lehrer fordern wegen der hohen Inflation Gehaltserhöhungen zwischen 42 und 61 Prozent, darüber hinaus ein besseres Schulleben und höhere Investitionen in die Infrastruktur. Bereits im April 2014 traten die Lehrer in einen 24-stündigen Generalstreik gegen sinkenden Lebensstandard, gegen die Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen sowie die Ausweitung prekärer Beschäftigung auf Kosten ihrer Arbeitsplätze.

Quelle: <http://www.randzone-online.de>, 6.8.2014

Ghana: Gewerkschaft gewinnt neue Mitglieder bei G4S

UNI Global Union und unsere Mitgliedsorganisation in Ghana, Union of Private Security Personal (UPSP) lancierten Anfang August eine Organisations-Kampagne. G4S-Wachpersonal aus ganz Ghana und internationale Gewerkschaftsführer kamen aus Anlass der fünf Tage dauernden Aktion zusammen, um mit ihren Kollegen über gemeinsame Probleme zu diskutieren und über die Notwendigkeit, sich in der Gewerkschaft gemeinsam für eine Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen einzusetzen. Im Zentrum der diesjährigen Blitzaktion stand die Industriestadt Tema ganz in der Nähe

von Accra. Die Kampagne steht unter dem Motto: „Behüter des Reichtums leben in Armut“. Viele G4S-Wachleute verdienen nicht mehr als 65 Dollar pro Monat für ihre Arbeit beim größten Arbeitgeber Afrikas, der im vergangenen Jahr einen weltweiten Gewinn von 735 Millionen Dollar erzielte. In den Kontakten mit G4S-Wachleuten, die Banken, Einkaufszentren und Privatwohnsitze bewachen, kam zur Sprache, dass sie beispielsweise ihre Uniformen selbst bezahlen müssen und aufgrund der niedrigen Löhne in Armut leben, lange Zwölfstundenschichten während sechs Tagen pro Woche leisten müssen und seit Jahren keinen Urlaub erhalten. Die Gewerkschaft ist im letzten Jahr stark gewachsen, so dass sie heute gegenüber G4S in einer stärkeren Verhandlungsposition ist. Nigel Flanagan, Organisationsbeauftragter für Score, arbeitet seit zwölf Monaten für die UPSP und leitete die letzte Fünf-Tages-Blitzaktion in Ghana. Er erklärte: „In der einwöchigen Aktion im letzten November rekrutierten wir 1.053 neue Mitglieder. Seither haben über 800 Wachter beschlossen, wie ihre Kollegen den Weg in die Gewerkschaft zu wählen. Diese Woche erwarten wir großartige Resultate in Tema. G4S wird die Probleme dieser Wachleute nicht länger ignorieren können“. Joanna Katsoulas, Organisationsbeauftragte für Wartungs- und Sicherheitsdienste, erklärte: „Ich bin verblüfft über das Engagement und die Begeisterung der Wachleute, die sich uns diese Woche angeschlossen haben.“ UNI Global Union und unsere Mitgliedsorganisation UPSP danken der finnischen Gewerkschaft PAM und dem finnischen Solidaritätszentrum SASK für ihre finanzielle Unterstützung der diesjährigen Kampagne. Ein Dankeswort geht auch an die AktivistInnen europäischer Mitgliedsorganisationen für ihre Mitwirkung: Kwasi Agyemang-Prempeh von Unite im Vereinigten Königreich, Marianne Jekkers von der holländischen Gewerkschaft FNV Bondgenoten sowie Peter Jorgensen und Poul Kronborg von der Security Guards Union in Dänemark.

Quelle: www.uniglobalunion.org, 5.8.2014

Südafrika: Numsa beendet Metallstreik erfolgreich

Am 29. Juli beendeten die Gewerkschaft der Metallarbeiter Numsa und der Unternehmerverband nach knapp vier Wochen den Streik von rund 220.000 Metallarbeitern. Die Debatten in den vorher einberufenen Streikversammlungen hatten ganz überwiegend Zustimmung ergeben, da die Lohnerhöhungen über der Inflationsrate liegen. 10% sollen vor allem Beschäftigte aus den niedersten Lohngruppen jährlich mehr erhalten

(bis 2017), die die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder darstellen, höhere Lohngruppen erhalten teilweise weniger hohe Erhöhungen. Die Forderung nach einer zusätzlichen „Friedenspflicht“, mit der der Unternehmensverband am Schluss noch versuchte, ein Abkommen zu torpedieren, wurde nicht realisiert – anstelle einer klaren Definition einer solchen Pflicht wurde ein entsprechender Appell ins Abkommen aufgenommen. Dafür konnte die Gewerkschaft ihre Forderung nach Abschaffung der Leiharbeit nicht durchsetzen – immerhin wurden eine ganze Reihe Beschränkungsklauseln für Zeitarbeit und entsprechende Unternehmen in den Tarifvertrag aufgenommen.

Quelle: www.mg.co.za, 28.7.2014

Bangladesch: Streik wegen ausstehendem Lohn

Rund 1000 Textilarbeiterinnen von vier Fabriken der Tuba Gruppe, zu der auch die Tazreen Fabrik gehört, in der 112 Arbeiterinnen am 24.11.2012 in einem Brand umkamen und über hundert teilweise schwer verletzt wurden, protestieren, weil sie seit drei Monaten keinen Lohn mehr erhalten haben. „Während andere Arbeiterinnen das höchste Fest der Moslems, Eid, feiern und dafür eine Lohnzulage erhalten und zu ihren Familien aufs Land fahren, können diese Arbeiterinnen nicht einmal ihre Miete mehr zahlen und wissen nicht, wovon sie leben sollen“ berichtet Gisela Burckhardt, Femnet-Vorsitzende. Saydia aus Dhaka schreibt: „Gestern traf ich eine sieben Monate schwangere Textilarbeiterin, die sich krank fühlte. Sie kann nicht einmal mehr in ihre Wohnung, denn der Besitzer hat die Tür verriegelt und öffnet sie erst wieder, wenn sie mit einem Scheck kommt und die Miete der letzten Monate zahlt.“ Am 28.7. besetzten rund 500 Fabrikarbeiter_innen ihre Fabrik, rund 200 Beschäftigte, vor allem Frauen, begannen einen Hungerstreik, sechs wurden schon wegen ihrer kritischen Situation in ein Krankenhaus eingeliefert. Am 7. August haben mehrere Hundert Polizisten die von Textilarbeitern besetzte Tuba-Fabrik in Bangladesch geräumt. Diese hatten am 28. Juli einen Hungerstreik begonnen, an dem sich über 1.600 Textilarbeiterinnen in verschiedenen Textilfabriken beteiligten, um die ausstehenden Löhne durchzusetzen. Bei der Räumung wurden drei Führerinnen bzw. Führer der Textilarbeitergewerkschaft verhaftet, darunter Joly Talukder und Akbar Hossain. Sie hatten die Nacht mit den Streikenden in Fabrik verbracht.

Quelle: <http://www.saubere-kleidung.de> 31.7.2014 – <http://www.randzone-online.de> 8.8.2014

Standort Gorleben behält seinen Vorsprung

HAMBURG. Zu der Entscheidung der Bundesregierung, das Bergwerk in Gorleben nicht zu verfüllen, erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Für diejenigen, die weiter auf Gorleben setzen, ist heute ein guter Tag. Denn mit der Entscheidung der Bundes ist klar, dass es auch künftig keinen fairen Vergleich von Standorten geben wird. Gorleben behält seinen Vorsprung gegenüber alternativen Standorten. Weil die wesentlichen Bestandteile des Bergwerks erhalten bleiben, werden bei zukünftigen Vergleichen mit anderen Salzstöcken immer auch die in Gorleben bereits geschaffenen Fakten eine Rolle spielen und nicht alleine die Frage, welches ein geeigneter Ort für die möglichst sichere Lagerung von Atommüll ist. Nur die unbedeutenden Teile des Bergwerks sollen zukünftig nicht mehr instandgehalten werden. Verfüllt wird nichts. Schächte und Infrastrukturbereiche bleiben erhalten. Möglich gewesen wäre viel mehr. Das Bundesamt für Strahlenschutz hatte der Bundesregierung 14 Szenarien vorgeschlagen, wovon eines auch die vollständige Verfüllung des Bergwerks vorsah. Dieser auch aus Sicht des Betreibers gangbare Weg wurde von Bund und Land leider nicht eingeschlagen. Somit bleibt Gorleben der Fleck auf der angeblich weißen Landkarte in Sachen Atommüll-Lagerung.“

www.ausgestrahlt.de

Kühlung muss immer gewährleistet sein – Zwei Störfälle im AKW Krümmel

KÜSTEN. Auch ein abgeschaltetes Atomkraftwerk bleibt gefährlich: Im schleswig-holsteinischen AKW Krümmel, das seit 2011 keinen Strom mehr produzieren darf, haben sich zwei Störfälle ereignet. Die Atomaufsicht musste über die Pannen informiert werden. Beide Ereignisse wurden von Betreiber Vattenfall und der landeseigenen Atomaufsicht in die Kategorie N – Normalmeldung und Ines 0, sicherheitstechnisch weniger bedeutsam, eingestuft. Dennoch rufen sie in Erinnerung, dass auch ein seit Jahren abgeschalteter Reaktor weiterhin eine Gefahr birgt. Bei einer Funktionsprüfung startete einer der sechs Notstromdiesel nicht. Ursache war nach Auskunft der Atomaufsicht eine defekte Baugruppe. Sie sei ausgetauscht worden, danach startete der Diesel anforderungsgerecht. Bei einem Stromausfall wie im Jahr 2007, als ein Trafo am Kraftwerk abbrannte, müssen sofort mindestens zwei dieser Generatoren bereit stehen, um die hochradioaktiven Brennelemente weiter zu kühlen. Im AKW Krümmel befinden sich sechs dieser Aggregate. Selbst die Atomaufsicht informiert so, dass von einer sicherheitstechnischen Belanglosigkeit keine Rede sein kann: „Im Kernkraftwerk befinden sich jedoch

noch bestrahlte Brennelemente aus dem früheren Reaktorbetrieb, die ständig im Lagerbecken gekühlt werden und vom Wasser überdeckt sein müssen. Daher muss auch weiterhin die Funktionsfähigkeit der Notstromdiesel und die Überwachung des Lagerbecken-Füllstandes im erforderlichen Umfang gewährleistet sein.“ Außerdem ist eine Messanzeige für den Füllstand im Brennelement-Lagerbecken ausgefallen. Hier musste ein Messumformer ausgetauscht werden, um die Anzeige wieder zum Laufen zu bekommen. Atomkraftgegner fordern im Rahmen des Rückbaus der stillgelegten Anlagen, dass die Brennelemente aus dem Reaktor entfernt werden. Damit würde das radioaktive Inventar um mehr als 90% gesenkt. Denn die alten Siedewasserreaktoren, zu denen neben Krümmel auch Brunsbüttel, Isar-1 oder Philippsburg-1 gehören, verloren 2011 ihre Betriebserlaubnis wegen massiver Sicherheitsbedenken. Die Hüllen um den Reaktorkern sind so schwach, dass sie dem gezielten Absturz eines größeren Flugzeugs oder den Beschuss mit panzerbrechender Munition niemals standhalten können.

www.contratatom.de

Reform der Leistungen für Asylbewerber

BERLIN. Als inhuman und verfassungswidrig kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die auf Nothilfe und Akutversorgung beschränkte medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland. Der jetzt bekannt gewordene Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums zur Neuregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes klammere den Bereich der medizinischen Versorgung komplett aus und ignoriere damit die Grundrechte in Deutschland lebender Flüchtlinge. „Dass Asylbewerber in unserem Land der Zugang zu vollen medizinischen Leistungen verwehrt wird, ist skandalös. Diese Diskriminierung verstößt gegen das Grundgesetz und geltendes EU-Recht. Es ist ein Gebot der Humanität, eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle Menschen gleichermaßen sicherzustellen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus“, so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. Der vorliegende Gesetzentwurf werde damit den Auflagen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom Juli 2012 nicht gerecht. Aus der Beratungspraxis im Paritätischen werde seit Jahren von Problemen berichtet, wenn es um die Kostenübernahme für Brillen, Hörgeräte oder Zahnbehandlungen, der Behandlung chronischer Erkrankungen bzw. Behinderungen von Leistungsbeziehern des AsylbLG geht. „Insbesondere eine angemessene medizinische Versorgung Traumatisierter oder chronisch Kranker ist nicht gewährleistet“, so der Gesundheitsexperte Rosenbrock. Gerade auch für minderjährige Flüchtlings-

kinder sei es zentral, dass sie vom ersten Tag an auch psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen könnten. Geplante Verbesserungen beispielsweise bei der Begrenzung der Bezugsdauer bzw. für einige Zielgruppen, können nach Ansicht des Verbandes nicht darüber hinwegtäuschen, dass grundsätzliche Missstände nicht behoben werden und eine große Gruppe von Menschen weiterhin von diskriminierenden Einschränkungen betroffen ist. Der Paritätische bekräftigt daher seine Forderung nach einer ersatzlosen Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und damit die Gleichbehandlung von Asylbewerbern mit Hartz IV- und Sozialhilfebeziehern.

www.der-paritaetische.de

Kein Fortbestand der Abschiebungshaft durch die Hintertür der Amtshilfe!

KIEL. Unter anderem Hamburg hat beim Land Schleswig-Holstein um Amtshilfe bei der Inhaftierung von Flüchtlingen gebeten. Das Objekt der hanseatischen Begierde ist die derzeit leergelaufene Abschiebungshaftanstalt in Rendsburg. Am Montag, den 21.7.2014, will die schleswig-holsteinische Landesregierung über die Anfrage entscheiden. Viel weniger als wie zur Zeit mal nach dem Rechten zu sehen ginge gar nicht, versuchte Innenminister Breitner am 18. Juli mit Blick auf den Standbybetrieb im Rendburger Abschiebungsgefängnis Befürchtungen um eine künftig wieder intensiverte Nutzung des Gefängnisses zu zerstreuen. Nach Verlauten liegen der Kieler Landesregierung in Folge des aktuellen Urteils des Europäischen Gerichtshofs Anfragen auf sogenannte Amtshilfe im Zuge der Inhaftierung ausreisepflichtiger Flüchtlinge u.a. aus Hamburg vor. Anstatt solche Anfragen umgehend zurück zu weisen und so dem Geist des Koalitionsvertrages gerecht zu werden, wollen Innenminister Breitner und Justizministerin Spoorendonk sich am Montag, den 21. Juli, in Kiel damit befassen. „Wenn es darum geht, die notwendigen und gerichtlich vorgeschriebenen Rahmenbedingungen zu bieten, dann sollte man das tun“, parliert der SSW-Chef im Landtag Lars Harms in erschreckender Leichtfertigkeit daher und holt so auf den Boden des Erwartbaren zurück, wer den aktuellen Leerstand in Rendsburg vorschnell als Etappe einer liberalen Landesflüchtlingspolitik fehlinterpretiert hat. – „Lässt sich die Landesregierung auf Amtshilfeersuchen zur Nutzung des ‚wilhelminischen Zuchthauses‘ in Rendsburg ein, droht die Bestandssicherung des umstrittenen Zivilknasts durch die Hintertür“, warnt Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Der Flüchtlingsrat lehnt die Inhaftierung von Flüchtlingen alternativlos und auch im Zuge der Amtshilfe ab – egal woher sie kommen.

www.frsh.de/



Solidarität mit den hungernden Beschäftigten der Tuba Gruppe im Hungerstreik

BERLIN. Die Kampagne für Saubere Kleidung fordert die Tuba Gruppe in Bangladesch auf, unverzüglich alle ausstehenden Löhne und Zuschläge an ihre 1.600 Beschäftigten auszuzahlen. Wir sprechen unsere Solidarität mit den Arbeiter_innen der Tuba Gruppe aus, die sich seit neun Tagen im Hungerstreik befinden. Ihnen wurden die Löhne von Mai, Juni und Juli 2014 sowie der Zuschlag für Eid vorenthalten. Seit dem 28. Juli befinden sich rund 200 Arbeiter_innen in einem Hungerstreik, rund 100 Arbeiter_innen geht es inzwischen sehr schlecht, 17 wurden in ein Krankenhaus gebracht. Der Besitzer der Tuba Gruppe, Delwar Hossain, befindet sich seit 9. Februar 2014 in Haft. In seiner Fabrik Tazreen hatte es am 24.11.2012 einen Brand gegeben, 112 Arbeiter_innen starben, Hunderte wurden verletzt. Hossain wurde festgenommen, auf Kaution freigelassen und erst am 9.2.2014 wieder festgenommen. Nun erpresst er bzw. seine Familie mit der Zurückhaltung von drei Monatslöhnen für 1600 Beschäftigte die erneute Freilassung auf Kaution. Denn: nur wenn er freikommt, können die Löhne der Arbeiter_innen angeblich ausgezahlt werden. Wir fordern den Textilunternehmensverband BGMEA, die Besitzer der Tuba Gruppe und die dort einkaufenden Unternehmen (u.a. Lidl) dazu auf, unverzüglich den Beschäftigten ihre ausstehenden Monatslöhne plus Eidzulage zu zahlen, so dass sie nicht ihre Gesundheit ruinieren müssen, um ihnen zustehende Löhne einzuklagen. www.saubere-kleidung.de



Hiroshima und Nagasaki unvergessen – auch in Deutschland

BERLIN. Bundesweit gibt es in dieser Woche zahlreiche Aktionen und Aktivitäten, mit denen der Atombombenabwürfe 1945 auf die Städte Hiroshima und Nagasaki gedacht wird. Seit gestern wird das Atomwaffenlager Büchel in der Eifel von FriedensaktivistInnen unter Beteiligung der IPPNW blockiert. Ein Aktionscamp besteht seit Samstag und bis zum 11. August werden Gruppen dort selbstständig Aktionen am Atomwaffenstandort vorbereiten. In insgesamt 60 Orten Deutschlands finden

Kundgebungen, Lesungen, Lichterprozessionen, Mahnwachen und Mahngänge statt; Kerzen werden entzündet und Laternen schwimmen gelassen auf Flüssen und Seen, Kraniche werden gefaltet, Flaggen gehisst, Blumen verteilt, Fahrradtouren gemacht und vieles mehr. Weitere Aktionen finden vor Banken statt, die laut der Kampagne „Atomwaffen – ein Bombengeschäft“ Firmen mitfinanzieren, die sich an der Produktion von Atomwaffen oder atomaren Trägersystemen beteiligen. Das Thema „Bombengeschäft“ wird bei vielen Aktionen dieser Woche thematisiert. IPPNW ist Mitträgerin der Kampagne, die für den 26. September eine internationale Studie ankündigt, die alle Daten zur Finanzierung von Atomwaffen zusammenträgt. Am 6. August hisst der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann eine Flagge der „Bürgermeister für den Frieden“ am Römer. Eine Delegation der Frankfurter IPPNW-Gruppe wird sich dort versammeln und Professor Dr. Ulrich Gottstein, Mitbegründer der IPPNW, hält eine Gedenkrede. Morgen wird in Berlin um 17 Uhr an der Friedensglocke im Volkspark Friedrichshain den Opfern von Hiroshima und Nagasaki gedacht. Dr. Jens-Peter Steffen, Friedensreferent der IPPNW, moderiert die Veranstaltung. Am 9. August nehmen IPPNWler an der Aktion „Bike Around the Bomb“ von Global Zero teil, wo sie den Radius einer möglichen Atomwaffenexplosion abfahren. Mit dieser Aktion wollen die TeilnehmerInnen über die unfassbare Zerstörungskraft dieser Massenvernichtungswaffen aufklären und zeigen, dass Atomwaffen immer noch eine Gefahr für alle sind. www.ippnw.de

Auf Recht Bestehen – Kein Sonderrecht im Jobcenter

FRANKFURT. Mit gemeinsamen, phantasievollen Aktionen wollen wir die Mißstände in den Jobcentern öffentlich machen, konkrete Verbesserungen für Leistungsberechtigte durchsetzen und drohende Verschlechterungen im Rahmen der so genannten „Rechtsvereinfachung im SGB II“ verhindern. Dies haben 60 VertreterInnen von örtlichen Erwerbsloseninitiativen auf der Tagung der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) Mitte Juni in Lage-Hörste verabredet. Gemeinsam mit anderen Erwerbslosen-Netzwerken rufen wir alle örtlichen Erwerbslosen Gruppen auf, sich mit eigenen Aktivitäten vor Ort an der Kampagne zur Praxis der Jobcenter zu beteiligen. www.bag-plesa.de/

Sozialverband SoVD fordert umfassende Hartz-Reform

BERLIN. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) fordert umfassende Reformen am Arbeitsmarkt. „Die Bilanz der Hartz-Gesetze ist niederschmetternd.

Folgenscher wirkt sich dieses System auf Millionen Menschen aus, die davon betroffen sind. Neben gestiegener Niedriglohnarbeit und zunehmend schlechten Arbeitsbedingungen stellen wir organisatorische Fehlentwicklungen fest. Verschlechterte Geldleistungen und fehlende berufliche Qualifizierung spitzen die Situation zu“, erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer. Der Sozialverband zog am Mittwoch Bilanz und stellte ein Reformkonzept mit konkreten Vorschlägen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und verbesserte Leistungen vor. „Es ist insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, die uns mit tiefer Sorge erfüllt. Behinderte, ältere und geringqualifizierte Menschen haben kaum eine Chance. Zudem sind viele Frauen betroffen“, warnte Bauer. Der Verbandspräsident forderte eine Generalrevision der Hartz-Gesetze. Die Aussonderung und Stigmatisierung der Langzeitarbeitslosen sei unwürdig und rasch zu beenden. „Nicht allein die unmittelbar Betroffenen müssen ausbaden, was vor Jahren als Modernisierung des Arbeitsmarktes beschlossen wurde. Denn auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geraten dadurch verstärkt unter Druck.“ Insgesamt sei ein verschobenes Kräfteverhältnis zu Lasten sozial und ökonomisch benachteiligter Menschen sowie von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern feststellbar. Aus Sicht von Professorin Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des SoVD-Arbeitskreises Sozialversicherung, ist eine einheitliche Betreuung aller Arbeitslosen erforderlich. „Die Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit sind seit Jahrzehnten mit der Eingliederung arbeitsloser Menschen vertraut.“ Eine inklusive Arbeitsmarktpolitik erfordere drastische Neuorientierung. Zum Beispiel müssten an die Stelle kurzfristiger Bewerbungstrainings nachhaltige Qualifizierungsmaßnahmen treten. Das Konzept Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik – Inklusion statt Hartz IV sieht drei Reformschritte vor:

Ein Paradigmenwechsel ist erforderlich, um Kompetenzen und Fähigkeiten arbeitsloser Menschen zu stärken. Die Betroffenen dürfen nicht länger als Menschen mit Defiziten klassifiziert werden.

Langzeitarbeitslose, die über einen längeren Zeitraum erwerbstätig waren und Beiträge in die Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, sollen mit dem Arbeitslosengeld II Plus eine zusätzliche Geldleistung erhalten.

Die Vermittlung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen spürbar zu verbessern, ist der dritte Schritt. Das Reformkonzept sieht hierfür vor, Betreuungs-, Vermittlungs- und Eingliederungsleistungen ausnahmslos bei der Bundesagentur für Arbeit anzusiedeln.

www.sovd.de

Nach viel politischem Protest gegen NPD-Hehl reibungslose Konstituierung des neuen Mannheimer Gemeinderates

MANNHEIM. Das war gut vorbereitet: Viel Protest auf der Straße, Verhandlungen der Gemeinderatsparteien unter Ausschluss der NPD, störungsfreie Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats, vollkommener Ausschluss der NPD aus den Ausschüssen des Gemeinderats, Aufsichtsräten und sonstigen zu besetzenden Gremien.

Am Vorabend der konstituierenden Sitzung fand – wie unmittelbar nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses – eine Kundgebung von „Mannheim gegen Rechts“ statt, diesmal auf dem Paradeplatz. Ca. 400 Personen waren anwesend, darunter der Oberbürgermeister, zwei Dezernentinnen (Dr. Freundlieb, SPD, und Kubala, Grüne), die Fraktionsvorsitzenden bzw. Sprecher von SPD, Grünen und der Linken, sowie die scheidende Stadträtin Frau Trösch von der CDU. Der OB und die genannten Stadträtinnen hielten Reden, in denen sie sich übereinstimmend scharf von der NPD abgrenzten (siehe Auszüge der Rede von Stadtrat Trüper). Der Oberbürgermeister kritisierte den Aufruf zu dieser Kundgebung in dem Punkt, dass er die Grenzen zwischen den aktiven Feinden

und den Vertretern der Demokratie verwische, indem er sich scheinbar gleichwertig gegen NPD und AfD wende. Mit der NPD gebe es keinerlei Grund und Möglichkeit zu diskutieren. Sie beziehe sich auf eine Ideologie, die Deutschland und der Welt schlimmste Verbrechen und Zerstörungen gebracht habe.

Am Tage der Gemeinderatssitzung kam es unvermeidlich zum physischen Zusammentreffen von Nazi-Anhängern und AntifaschistInnen. Polizei war reichlich im Ratsgebäude N 1 präsent. Eigentlich sollte sie nicht sichtbar sein. Sie beschränkte sich auf Taschenkontrollen beim Publikum, welches Zugang zur Besucherempore begehrte. Der von vielen befürchtete Eklat oder gar Tumult wegen der anwesenden ca. 20 Nazis blieb jedoch aus. Was zu sagen und klarzustellen war, war durch die Protestaktionen bereits gesagt, und zum Fenster hinaus oder die Treppen hinunter werfen wollte den gewählten NPD-Stadtrat dann auch niemand – das Mandat wäre ja so auch nicht zu bekämpfen gewesen. Auf der voll besetzten Empore waren die Nazis nur ein kleines Häufchen, welches im weiteren Verlauf der Sitzung dann den

Saal verließ. Kurzzeitig war (ein Akt des zivilen Ungehorsams) die ganze Empore ein Meer von „Mannheim gegen Rechts“ Postern. Der OB murmelte, auch schriftliche Beifalls- oder Missfallensäußerungen seien dem Publikum laut Geschäftsordnung des Gemeinderats untersagt.

Vor der kollektiven Verpflichtung der Gemeinderäte (ohne Defilee und Handschlag) wandte sich der Oberbürgermeister direkt an Hehl und teilte ihm mit, dass er nicht als Person ausgegrenzt werde, sondern als Vertreter einer menschenverachtenden Ideologie, und dass er seinen Sitz nur dem Umstand schulde, dass die NPD noch nicht verboten sei. Es erhob sich tosender Beifall aus dem Gemeinderat und – abermals illegal aber legitim – von der Zuschauerempore.

Danach nahm der Gemeinderat seine Tätigkeit auf mit der Konstituierung. Hier bestand die Befürchtung, dass die Sitzung mit allein 35 Tagesordnungspunkten zu Gremienbesetzungen bis in die frühen Morgenstunden dauern würde, wenn der NPD-Mann den Einigungsvorschlägen widersprechen und jeweils geheime Abstimmung verlangen würde. Letzteres unterließ Hehl – via Smart-

Stadtrat Thomas Trüper (Die Linke), Kundgebungsbeitrag am 21. Juli

Liebe antifaschistische Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren, Die Nazi-Partei NPD im Mannheimer Gemeinderat – das hat uns alle tief schockiert. Der edle Gedanke des Minderheitenschutzes, dem das neue Auszählssystem nach Sainte-Laguë verpflichtet ist, hat es möglich gemacht, dass diese Partei mit ihren 1,14% in den Gemeinderat Einzug halten kann. Minderheitenschutz – für die NPD eigentlich ein Graus, wenn Menschen gemeint sind, die nicht dem nationalsozialistischen Trugbild des „reinen und gesunden Volksdeutschen“ entsprechen.

1,14% – das ist kein wirklicher Wahlerfolg für eine Partei, die vorgibt, die geborene Stimme der Nichtwähler zu sein, also – bezogen auf die letzte Europa- und Kommunalwahl von ca. 60 % der Wahlberechtigten. Nein – auch diese wollen die NPD nicht. Die NPD ist unbeliebt, weil sie sich mit Gestalten verbindet, die als sogenannte Kameradschaften wie eine paramilitärische Truppe daherkommen, dumpf und furchteinflößend. Und sie ist unbeliebt, weil Menschen aus der Partei oder ihrem Umfeld widerwärtige und feige Gewalttaten begehen gegen Schwächere, gegen Minderheiten, gegen Menschen, die sie raus haben wollen aus Gesellschaft. So gehören auch die Mörder aus dem NSU zum Umfeld dieser

Partei. Die NPD steht dafür, dass Menschen aus ihren eigenen Reihen und aus ihrem Umfeld immer wieder schon mal mit nackter Gewalt das zeichen- und beispielhaft durchsetzen wollen, wofür sie in ihrer menschenverachtenden und demagogischen Propaganda eintreten: Die Beseitigung aller gesellschaftlichen Missstände nicht durch soziale Gerechtigkeit, sondern durch die Beseitigung von Menschengruppen, denen sie die Schuld an den vermeintlichen oder tatsächlichen Missständen in die Schuhe schieben: Asylbewerber, Ausländer überhaupt, Moslems, Juden, sog. „Zigeuner“, Schwule etc. Und voller Hass stellt die NPD der Demokratie das Führerprinzip entgegen. Ein starker Mann soll „aufräumen“.

Alle, die wir heute wieder einmal versammelt sind, um unseren Abscheu über die alten und neuen Nazis zum Ausdruck zu bringen, sind darin vereint, dass wir der offenen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit der NPD eine Absage erteilen und sie in die Schranken weisen möchten. Und ich hoffe, dass es morgen dem Gemeinderat gelingen wird, in großer Einmütigkeit dem NPD-Stadtrat die Entfaltungsmöglichkeiten in einem parlamentarischen System zu entziehen, da für ihn und seine Partei Parlamente ohnehin nur sogenannte „Schwatzbuden“ sind

und Tribünen für Volksverhetzung.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich meine empörte Verwunderung zum Ausdruck bringen, wie der neue Lokalchef des „Mannheimer Morgen“ Dirk Lübke das Thema des NPD-Mannes im Mannheimer Gemeinderat bearbeitet hat. Er widmet ihm am Samstag eine ganze „Seite Drei“ und lässt extra noch ein neutralisierendes Bleistiftportrait anfertigen, weil es angeblich kaum Aufnahmen von diesem Hooligan-Typ gibt. Der Artikel ist miserabel recherchiert, holt nur konservative Meinungen zum Thema ein, zeigt pure Ignoranz gegenüber der breiten antifaschistischen Einstellung in dieser Stadt, für die „Mannheim gegen Rechts“ quasi ein Markenzeichen ist. Und er gibt dem rechten Populismus breiten Raum. Angeblich – so kolportiert Lübke – seien die von ihm so bezeichneten Gutmenschen (das sind die, die nicht mit den Wölfen heulen) das Problem. Sie würden tatsächliche Missstände nicht sehen oder verschweigen, z.B. die überdurchschnittliche Diebstahlsquote in einem Leipziger Supermarkt in der Nähe eines Asylbewerberwohnheims. Abgesehen von der selbstverständlichen Unterstellung, wer hier Lebensmittel und Kosmetikartikel mitgehen lässt – die unterschwellige und nicht ausgesprochene Lösung lautet: Die

phone offensichtlich immer mit seinem Online-Berater verbunden. Er war sichtlich bemüht, sein Hooliganimage trotz deutlich sichtbarem Totenkopftattoo an der Schläfe Lügen zu strafen. Er wollte den Bonus der vorangegangenen wohlwollenden Personenbeschreibung im „Mannheimer Morgen“ durch den neuen Lokalchef Lübke nutzen und ausbauen. Nur dreimal widersprach er den Einigungsvorschlägen. Er musste in diesen Fällen registrieren, dass der Einigungsvorschlag jeweils auf zwei Listen verteilt zur Verhältniswahl gestellt wurde, und dass jeweils exakt die rechte Hälfte (ohne NPD) für den einen und die linke Hälfte des Gemeinderats für den anderen Listenvorschlag stimmten. Da passte kein Blatt Papier dazwischen. Die gesamte konstituierende Sitzung dauerte samt Behandlung einiger sonstiger Verwaltungsvorlagen und einschließlich des kurzen nichtöffentlichen Teils exakt 62 Minuten. In dieser kurzen Zeit vollzog sich auch die wieder eingeführte Quorumsabfrage für einen FDP-Antrag (zwei Stadträtinnen, keine Fraktion mehr). Vereinbarungsgemäß stimmten Grüne, FDP und Linke und viele aus den großen Fraktionen SPD und CDU für die Behandlung des Antrags – ein Erlebnis, welches Hehl verwehrt bleiben wird. Der Tag war für Hehl bis auf ein Blitzlichtgewitter der anwesenden Presse ein Schuss in den Ofen.

Asylbewerber müssen weg. Sie lautet nicht: Asylbewerber müssen wie normale Menschen leben können und behandelt werden. Sie müssen dezentral wohnen können und arbeiten dürfen. Diese unseriöse Form des eigenen finsternen Absichten verschweigenden „Ansprechens von Problemen“ ist einer marktbeherrschenden Tageszeitung nicht würdig.

Die Einmütigkeit der Demokraten, von der ich eben sprach, gegenüber der Naziartei NPD fällt sehr vielen sehr schwer – auf der linken Seite, in der Mitte und auch auf der rechten Seite der Parteien, die sich mehr oder weniger zur Demokratie bekennen. Denn so sehr wir allesamt Gewalttaten und die fundamentalen Angriffe der NPD auf Demokratie und Menschenrechte verachten, trennen uns doch teils sehr unterschiedliche politische Ansätze und Positionen, die wir aber gewaltfrei und immer noch in einem demokratischen Dialog austragen. Und auf diese Widersprüche möchte abschließend noch kurz eingehen.

Die NPD wäre ja eine fast zu vernachlässigende politische Größe, wenn der von ihr auf die Spitze getriebene Rassismus und Chauvinismus nicht weit über diese Partei hinaus in unserer Gesellschaft verankert wären, bis in die sprichwörtliche Mitte der Ge-

Der Gemeinderat ist inzwischen in der Sommerpause. Die ersten Anträge der Fraktionen liegen jedoch schon vor. Darunter auch von der AfD zum Thema Kunsthallen-Neubau.

Wie wird sich die politische Richtung der Gemeinderatsentscheidungen entwickeln? Die unmittelbar nach der Wahl geäußerte Befürchtung, dass die SPD angesichts des höchst labilen Patts zwischen der konservativen und der links davon liegenden Seite auf die Stabilität einer Großen Koalition setzen werde, scheint sich so nicht zu bewahrheiten. Dazu steht die SPD zu sehr unter Druck von links, und dazu ist die CDU zu sehr auf der Flucht nach rechts. Denn sie interpretiert ihr relativ schlechtes Abschneiden als Folge eines Profilschwundes durch zu häufige Kooperation mit der SPD bzw. der mehrheitlich SPD-besetzten Dezernentenbank. Auf dem Fluchtweg der CDU steht lässig schon mal die AfD ermunternd bereit. Das wird noch interessant. Zwar ist der glücklose Fraktionsvorsitzende Südmersen in seinem Amt bestätigt worden. Aber die zum Rechtspopulismus neigenden Stadträte Löbel und Ratzel, die junge Garde der CDU, werden im Sinne von „Law and Order“ Gas geben. Und vielleicht wird ja Ratzel der Herausforderer von Kurz bei der OB-Wahl. Der Kampf gegen rechts wird andere Dimensionen erfordern als bisher.

Thomas Trüper

sellschaft hinein. Die umfangreichen Studien von Professor Heitmeyer sowie das politische Leben selbst führen uns dies immer wieder vor Augen. Ich beklage dies als Linker und sehe insbesondere die AfD in dieser Hinsicht gefährdet bzw. sogar als Gefahrenherd einer populistischen Mobilisation, die auch die NPD-Saiten schwingen lässt. Und diesen Gefahrenherd werden viele der hier Versammelten einzugrenzen und zu löschen versuchen. Im offenen politischen Streit.

Trotzdem werden morgen hoffentlich alle 47 Kolleginnen und Kollegen bei der Konstituierung des Gemeinderats zusammenstehen. Ich werde auch die von der AfD benannten Vertreter in die verschiedenen Ausschüsse, Aufsichtsräte und sonstigen Gremien wählen in dem Umfang, wie es dem von der AfD erreichten Stimmenanteil entspricht. Und ich erwarte, dass auch von den konservativen Stadträtinnen und Stadträten die von SPD, Grünen und Linken vorgeschlagenen Kolleginnen und Kollegen in die Gremien gewählt werden, um eines deutlich zu machen: Die NPD ist keine Option – für niemanden. Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!

Im Übrigen gilt: Das Bundesverfassungsgericht muss endlich die NPD verbieten.

Land- und Oberlandesgericht München hebeln Freiheit der Kunst aus

MÜNCHEN. Im Revisionsurteil des Oberlandesgerichts München wegen der Verwendung des Hakenkreuzes in einem Plakat mit Bundeskanzlerin Merkel wird der Aspekt, dass Günter Wangerin eine Kunstaktion durchgeführt hat, auf folgende Weise gewürdigt: „Schließlich hat das Landgericht sich auch noch umfassend mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Verwirklichung des Straftatbestands des § 86a StGB nach Abs. 3 in Verbindung mit § 86 Abs. 3 StGB ausgeschlossen ist, weil die Tathandlung als unter dem besonderen Schutz des Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG stehende Kunstausübung anzusehen sei. Das Landgericht hat beachtet, dass es sich bei dem Plakat um eine vom Angeklagten angefertigte Photomontage handelt und untersucht, ob das Handeln deshalb als künstlerische Aktion angesehen werden müsse. Nachvollziehbar hat das Landgericht besonders gewichtet, dass das Plakat speziell im Rahmen einer politischen Demonstration gezeigt wurde, und ist deshalb zur Erkenntnis gelangt, dass das Plakat vom möglicherweise zufällig zur im öffentlichen Raum stattfindenden Demonstration hinzustoßenden Betrachter deshalb als politische Aussage und nicht als Kunst wahrgenommen wurde.“

Zum besseren Verständnis: § 86 Strafgesetzbuch (StGB) stellt das „Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“ unter Strafe, § 86a StGB das „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ (und damit das Hakenkreuz). Für beide Paragraphen gemeinsam sind in § 86 in Absatz (3) Ausnahmen festgelegt: Die Strafandrohung dort „gilt nicht, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.“ Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG lautet „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“

Jeder juristische Laie würde aus diesen Paragraphen folgern, dass die Verwendung des Hakenkreuzes in einer Kunstaktion straffrei ist. Wer allerdings Jura studiert, lernt schon bald, dass Richter eigentlich urteilen können wie sie wollen, solange sie es nur plausibel begründen. Dies sei – so behauptet das Oberlandesgericht – beim Urteil gegen Günter Wangerin der Fall, das Urteil sei deshalb nicht zu beanstanden. Die Richter berufen sich dabei auf einen „möglicherweise zufällig zur im öffentlichen Raum statt-

findenden Demonstration hinzustoßen- den Betrachter“, der schon im Urteil des Landgerichts München auftaucht und der das Plakat mit Merkel und Hakenkreuz „als politische Aussage und nicht als Kunst“ wahrnehmen könnte. Danach kann eine Meinungsäußerung nicht mehr Kunst sein, wenn sie politisch ist. Kunst, die sich kritisch mit der Handeln Staates auseinandersetzt, wird so der Schutz durch Art. 5 des Grundgesetzes entzogen, obwohl doch diese Kunst den Schutz am meisten nötig hat.

Mit dem „möglicherweise zufällig zur im öffentlichen Raum stattfindenden Demonstration hinzustoßenden Betrachter“ findet eine Verlagerung des Kriteriums für Kunst statt. Beurteilt wird nicht die Aktion von Günter Wangerin, sondern entscheidend ist das Empfinden eines konstruierten Menschen. Dies ist strukturell verwandt mit dem „Gesunden Volksempfinden“ im Nationalsozialismus, das in Wikipedia auf folgende Weise charakterisiert wird: „Der Begriff Gesundes Volksempfinden ist eine seit der Zeit des Nationalsozialismus verwendete Umschreibung für die angeblich unverbildete Meinung des Volkes, besonders in Rechtsfragen. Die inhaltliche Bestimmung erfolgt in der Regel durch die Deutungshoheit der jeweiligen Machthaber oder der veröffentlichten Meinung. So diente der Begriff im Bereich von Kunst und Kultur dazu, im Sinne einer konservativen Auffassung oder nationalsozialistischen Ideologie missliebige Werke für ‚entartete Kunst‘ bzw. ‚entartete Musik‘ oder ‚volksfremd‘ zu erklären. Begründet wurde dieses Vorgehen mit einem unterstellten Willen des Volkes bzw. der Volksgemeinschaft.“¹ Die Formulierung des zufälligen „Betrachters“ im Urteil gegen Günter Wangerin klingt weitaus sachlicher, außerdem wird dort nicht über die Kunst selber, sondern nur über die Kunsteigenschaft geurteilt. Trotzdem verstecken sich auch hier die Richter hinter einem von ihnen konstruierten Menschen mit einer ebenfalls konstruierten Wahrnehmung, um missliebiger Kunst die Eigenschaft Kunst und damit den Schutz von Art. 5 des Grundgesetzes absprechen zu können.

Kunstwerke zeichnen sich dadurch aus, dass sie vieldeutig und irritierend sind und dass sie von verschiedenen Menschen unterschiedlich interpretiert werden. Das führt dazu, dass es auch immer irgendwelche Menschen gibt, die Kunstwerke nicht als Kunst erkennen. Nicht einmal eine Kunstinstitution kann garantieren, dass Kunstwerke von den eigenen Beschäftigten als Kunst erkannt werden. Dies stellte sich heraus, als der Hausmeister der Kunstakademie Düsseldorf 1986 eine dort installierte Fettecke von Joseph Beuys entfernt hatte (1). Die Kriterien von Land- und Oberlandesgericht München für Kunst sind unerfüllbar, weil sie dem Wesen der Kunst

zutiefst widersprechen.

Wie wenig die beiden Gerichte bereit waren, sich ernsthaft auf Kunst einzulassen zeigt die Behauptung, „dass es sich bei dem Plakat [Merkel mit Hakenkreuz] um eine vom Angeklagten angefertigte Photomontage handelt“. In Wirklichkeit stammt die Darstellung der deutschen Bundeskanzlerin aber aus Griechenland und war dort Anfang 2012 in Zeitungen (z.B. in den konservativen Zeitungen „Eleftheros Typos“ und „Dimokratia“) abgedruckt. Günter Wangerin hat die Abbildung aus dem Internet geholt und lediglich die Beschriftung „Athen 2012“ hinzugefügt. Damit steht die Kunstaktion von Günter Wangerin in der Tradition der Kunstform des Ready-mades.

Die Erfindung des Ready-mades durch den Franzosen Marcel Duchamp vor fast 100 Jahren war derart umwälzend, dass sie zunächst als Schabernack auf die Welt kam. Als Duchamp 1917 in New York lebte, wurde dort nach dem Vorbild des Pariser „Salon des Indépendants“ eine „Society of Independent Artists“ gegründet. Jeder durfte gegen die Gebühr von sechs Dollar zwei Arbeiten einreichen. Duchamp gehörte zwar zum Vorstand der Gruppe, wollte aber die Verantwortlichen für das Aufhängen bzw. Aufstellen der Werke ärgern und reichte deshalb unter dem Pseudonym R. Mutt ein umgekehrt aufgestelltes Urinal ein, dem er den Titel Fontäne gab. Nachdem das Urinal aber in der Ausstellung nicht gezeigt wurde, sondern hinter einer Trennwand verschwand, wurde dies in der Zeitschrift „The Blind Man“, bei der Duchamp Mitherausgeber war, kritisiert: „Ob Mr. Mutt das Becken eigenhändig hergestellt hat oder nicht ist unerheblich. Er hat es AUSGESUCHT. Er hat einen alltäglichen Gebrauchsgegenstand genommen, ihn so aufgestellt, dass seine nützliche Bedeutung hinter dem neuen Titel und der Betrachtungsweise verschwand – er hat einen neuen Gedanken für das Objekt geschaffen.“²

In dieser Erklärung vermischen sich Scherz und künstlerische Innovation: Der Kunstcharakter des Ready-mades wird hier bereits treffend wiedergegeben. Der Genie-Streich von Duchamp hat den Begriff Kunst verändert: Zu einem Kunstwerk gehört seither immer die gedankliche Konstruktion des Künstlers und ebenso auch die des Betrachters. Ob ein Gebrauchsgegenstand zur Kunst wird, entscheidet sich im Kopf des Betrachters. Und wie immer bei Kunst lassen sich zwar Kriterien angeben, aber nicht eindeutig festlegen: Das Umfeld des Objekts (Kunstausstellung oder Toilette) spielt eine Rolle, ebenso die Originalität der dahinter liegenden Kunstidee (wird der Gebrauchsgegenstand das erste Mal oder in der zigsten Wiederholung als Kunst präsentiert), auch die Frage, ob der Künstler oder die Künstlerin einer bereits bestehenden Kunstidee etwas Neues hinzugefügt hat, spielt eine Rolle.

Günter Wangerin hat ganz eindeutig der Kunstform Ready-made etwas Neues hinzugefügt. Er hat ein Bild, das vor dem Hintergrund der Euro-Krise entstanden ist, aus dem griechischen in den deutschen Diskurs verpflanzt. Interessanterweise empfinden sich ja beide Seiten als Opfer: In Griechenland ist die deutsche Besatzung im 2. Weltkrieg genauso wenig vergessen wie der Umstand, dass Deutschland für die damals angerichteten Schäden bis heute keine Entschädigung geleistet hat. Die Auflagen der EU unter deutscher Führung zu Sanierung des griechischen Staatshaushalts werden als Diktat wahrgenommen, mit der unmenschliche neoliberale Ordnungsvorstellungen durchgesetzt werden sollen. In Deutschland, wo der Euro aufgrund der starken Exportabhängigkeit der Wirtschaft Voraussetzung für den Wohlstand vieler ist, sieht man dagegen die gemeinsame Währung durch die hohe Staatsverschuldung Griechenlands bedroht. Die Kunstaktion von Günter Wangerin behandelt die beiden Diskurse als gleichberechtigt, was sie wohltuend von der beleidigten Berichterstattung über die griechischen Merkel-Bilder in der deutschen Presse unterscheidet, die nur den deutschen Diskurs für berech-



tigt hält. Gleichberechtigung ist grundlegend dafür, dass ein gemeinsamer Diskurs entstehen kann, wie denn die EU gemeinsam zum Wohle aller gestaltet werden kann.

Gerade weil Kunst irritierend und vieldeutig ist, kann die Kunstaktion von Günter Wangerin besser für die Gleichberechtigung verschiedener Standpunkte und Diskurse werben als z.B. ein langer Artikel, in dem immer die Gefahr besteht, dass herausgearbeitet wird was denn nun richtig sei. Auf kritische Kunst kann in der Politik nicht verzichtet werden, weil sie sehr oft politische Anliegen stärken kann. Das Urteil des Landgerichts München, das die Freiheit der Kunst aushebelt, darf keinen Bestand haben.

Hans Waschkau

¹de.wikipedia.org

² zitiert nach DUCHAMP, Taschen GmbH, Köln, 2001

Erklärung zum Brandanschlag auf die Synagoge in Barmen: WUPPERTAL. Die Linke in Wuppertal ist entsetzt über den Brandanschlag auf die Synagoge in Wuppertal! Wir stellen uns schützend vor die Menschen der Jüdischen Kultusgemeinde im Bergischen Land. Antisemitismus, egal aus welchen Motiven, darf hier keinen Raum gewinnen. Dieser Anschlag ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir, Die Linke, wollen kein Klima, in dem Menschen mit jüdischer Religionszugehörigkeit wieder auf gepackten Koffern sitzen. Wir, Die Linke, treten dafür ein, dass alle Menschen, die hier leben, egal zu welcher Religion sie sich bekennen, das Recht haben, hier zu leben und ihre Religion auszuüben. Daher verurteilen wir jede Form von Gewalt gegen Einrichtungen und Menschen jüdischen Glaubens. Solidarität mit der jüdischen Kultusgemeinde! Kampf gegen jeden Antisemitismus!

www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de

Kein Cent für Olympia! KIEL. Die Linke Fraktion in der Kieler Ratsversammlung lehnt die Unterstützung einer Hamburger Olympiabewerbung ab. „Wir wissen sehr wohl um die Stärken des Kieler Segelreviers und wir haben auch nicht die geringsten Zweifel daran, dass die Organisation von olympischen Segelwettbewerben für die Kieler Profis keine wirkliche Hürde darstellt“, so Fraktionsvorsitzender Heinz Wieser. „Wir wissen aber auch, dass der olympische Gedanke als Ausdruck von Völkerverständigung und des Friedens, der Menschen über Grenzen, Religionen und Herkunft verbindet, heute zur Bedeutungslosigkeit verkommen ist. Das allmächtige IOC hat sich längst von den traditionellen Werten verabschiedet und die Olympischen Spiele dienen heute mehr denn je der Profitgier der sogenannten „Olympischen Familie“, also dem IOC, den NOK's, OK's, den internationalen Konzernen und geldgierigen Spekulanten. ... Die Zerstörung der sozialen Teilhabeganzheit Bevölkerungsteile, Mietsteigerungen, Gentrifizierung und soziale Segregation sind regelmäßig die Folge; sowohl vor als auch nach den Spielen“ ... Während sich auf der einen Seite also unkontrollierbare Organisationen hemmungslos bedienen, überlässt man die immensen finanziellen Risiken den austragenden Städten und das endete seit mehreren Dekaden fast ausnahmslos im Fiasko.

www.linksfraktion-kiel.de

Aus Hindenburg- wird Gretel-Bergmann-Damm: BERLIN. Am heutigen Tag haben wir gemeinsam den „Hindenburgdamm“ in Steglitz-Zehlendorf in Gretel-Bergmann-Damm umbenannt. Unter Beteiligung des Verdi-Landesbezirksvorstands, der Berliner Ver-

einigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, der Berliner Jusos, der Linksjugend Solid Berlin und des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus konnten wir ein Zeichen gegen Militarismus, Nazismus und Antisemitismus setzen. Mit unserer Aktion haben wir die von der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus angestoßene Debatte um die Streichung Paul von Hindenburgs von der Ehrenbürgerliste Berlin aufgegriffen. Paul von Benneckendorff und von Hindenburg war als hochrangiger Militär nicht nur einer der Hauptverantwortlichen für das Sterben von Millionen von Zivilisten und Soldaten im Ersten Weltkrieg. Er ist einer der Erfinder der „Dolchstoßlegende“, die die verheerende Niederlage der Reichswehr als Ergebnis des innenpolitischen „Verrats“ der Republikaner denunzierte und den nationalistischen Kräften bei der Delegitimierung der Weimarer Republik den ideologischen Boden bereitete. Als Reichspräsident wurde er zum Steigbügelhalter der Nazis, unterzeichnete die ersten NS-Notverordnungen und das Ermächtigungsgesetz, betrieb am „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 das Bündnis zwischen Nazis und Rechtskonservativen in der Garnisonkirche, ernannte Hitler zum Reichskanzler. Am 20. April 1933 – Hitlers Geburtstag – dankte ihm dies die Berliner Stadtverordnetenversammlung wegen seiner „Verdienste um die nationale Wiedergeburt der Stadt Berlin“ – zeitgleich mit 4 000 anderen Städten und Gemeinden – mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde.

www.die-linke-berlin.de

Lüneburg braucht einen Masterplan zur Wohnungspolitik. LÜNEBURG. Der Lüneburger Kreisverband und die Stadtratsfraktion der Partei Die Linke fordern vom Rat der Verwaltung der Hansestadt Lüneburg einen Masterplan zur Wohnungspolitik. „Gegenstand eines solchen Masterplans muss die Herstellung von mindestens 500 zusätzlichen Wohneinheiten im Einzugsgebiet Lüneburgs sein“, fordert der linke Ratsherr Michèl Pauly. „Die Stadt muss ihr Vorkaufsrecht dort ausüben, wo etwa der Bund für den Wohnungsbau geeignete Flächen verkauft. Auch die Festsetzung von günstigem Wohnraum durch einen Bebauungsplan ist als Maßnahme in Betracht zu ziehen“ so Pauly weiter. Rainer Petroll, der ebenfalls für Die Linke im Stadtrat sitzt, sieht vor allem die städtische Gesellschaft Lüneburger Wohnungsbau GmbH (LüWoBau) in der Pflicht, beim Bau von Sozialwohnungen tätig zu werden. „Andere Projekte, die außerhalb des Kernbereichs „Sozialer Wohnungsbau“ liegen, etwa die Kulturbäckerei, sind dem unterzuordnen“, fordert Petroll. „Sollten

die Kapazitäten der LüWoBau nicht ausreichen und die durch Vorkaufsrecht erworbenen Grundstücke weiterveräußert werden, so muss dies unter der Bedingung geschehen, dass dort ein gemischter Wohnraum entsteht. Unter gemischtem Wohnraum verstehen wir, dass mindestens ein Drittel der Wohnungen für Geringverdiener als Sozialwohnungen vorzusehen sind, ca. ein Drittel normale Mietwohnungen und höchstens ein Drittel Eigentumswohnungen werden“, so Petroll. Die Linke wird in den kommenden Monaten den Fokus ihrer Arbeit verstärkt auf das Thema Wohnungspolitik legen. So fordert sie auch die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels. „Mit einem qualifizierten Mietspiegel erhalten Mieter die Möglichkeit, sich gegen ortsunübliche Mietpreissteigerungen zu wehren“, so Michèl Pauly.

<http://www.dielinke-lueneburg.de>

Kommunale Schulden auf bedrohlich hohem Niveau: BERLIN. Die Schulden der Kommunen in Deutschland bewegensich unverändert auf einem kritisch hohen Niveau. Nach den vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen weisen die Städte und Gemeinden im Saarland, in Hessen und in Nordrhein-Westfalen die höchste durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung auf. „Die Statistik belegt deutlich, dass es um die Finanzen vieler Kommunen in Deutschland nach wie vor schlecht bestellt ist“, betonte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, heute in Berlin. Ein neuer Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss endlich sicherstellen, dass die Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben ohne immer neue Schulden zu erfüllen. Der stetige Aufwuchs der Sozialausgaben muss gestoppt und die zerfallende Infrastruktur (Rückstand mindestens 118 Milliarden Euro) wenigstens mittelfristig saniert werden. (...) Mit Blick auf die zunehmenden Disparitäten zwischen einzelnen Kommunen warnte Landsberg vor einer immer weiter auseinander klaffenden Schere zwischen armen Regionen und finanziell besser gestellten Gegenden: „Die Unterschiede zwischen den Städten und Gemeinden sind teilweise gravierend. Während 30 Kommunen mit mehr als 10 000 Euro pro Einwohner die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen, sind die Bürgerinnen und Bürger in anderen Regionen lediglich mit einer Schuldenquote von unter 10 Euro pro Kopf belastet. Hier ist eine gemeinsame Kraftanstrengung gefordert, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken“.

www.dstgb.de

(Zusammenstellung: ulj)

This is not Detroit

Zur Entwicklung der Opel-Flächen in Bochum

Ein Jahr lang haben Schauspielhaus Bochum und Urbane Künste Ruhr unter dem Motto „This is not Detroit“ Antworten zur Zukunft der Stadt, der Arbeit und der Kunst nach der Schließung des Bochumer Opel-Werkes gesucht. Dabei war allen klar, dass Bochum nicht Detroit ist: Nie hatte die Automobilindustrie hier einen vergleichbaren Stellenwert wie in Detroit, obwohl in den 70er Jahren immerhin 22 000 Menschen in den Bochumer Opel-Werken arbeiten. Ende des Jahres 2012 waren es allerdings nur noch 3.300 Beschäftigte. Und das bundesdeutsche Arbeits- und Sozialrecht erzwingt über Tarifverträge und Sozialpläne stärker als in den USA eine finanzielle Mindestabsicherung der Beschäftigten. Aber „This is not Detroit“ wurde trotzdem zur Maxime, um den Zumutungen von General Motors entgegen zu treten.

Bereits Ende 2013 wurde in Bochum das Opel Werk II, die Getriebeproduktion geschlossen. Ende 2014 wird dann die Fahrzeugproduktion in Bochum eingestellt. Opel und IG Metall haben sich auf einen Sozialtarifvertrag geeinigt, der eine Transfergesellschaft, Abfindungsregelung und den Weiterbetrieb des Warenverteilzentrums (Werk III) vorsieht.¹ In der Auseinandersetzung mit Opel und dem Management hat sich die kommunale Politik von Anfang an parteiübergreifend auf die Seite der Beschäftigten und des Betriebsrat gestellt. Wohl wissend, dass für die Werkschließung nicht nur Fehlentscheidungen und verantwortungsloses Verhalten des Management von General Motors verantwortlich war – beides gab es allerdings geballt –, sondern diese vor allem strukturelle Gründe hat. Die Automobilindustrie befindet sich weiterhin in einer Überproduktionskrise. Produktivitätssteigerung im Inland und der Verdrängungswettbewerb um die riesigen Märkte in China, Indien, Brasilien und Russland haben zu weltweiten Überkapazitäten geführt, die auf 20 bis 25 Prozent geschätzt werden.

Für die kommunale Politik gab es im Wesentlichen zwei Gründe, sich in der Auseinandersetzung zu positionieren.² Einerseits die Absicherung der Beschäftigten, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krisenregion Ruhrgebiet, die den Strukturwandel nach dem Ende von Kohle und Stahl noch nicht gemeistert

hat, zu verhindern. Andererseits die Sicherung der Flächen, um zukünftig Möglichkeiten zur (Neu-) Ansiedlung von Gewerbe, Dienstleistungen und Wissenschaft zu erhalten. Dabei wurde das Handeln der Politik von einem Negativszenario bestimmt: Die Möglichkeit von Opel als Eigentümer, einen Teil der Flächen kurzfristig zu vermarkten und den Rest einfach gesichert brach liegen und verfallen zu lassen. Die kurzfristige Vermarktung von Teilflächen (Interesse bestand vor allem bei Logistikunternehmen mit hohem Flächenbedarf) wurde von der Politik durch Aufstellung eines Bebauungsplanes und Erlass einer Veränderungssperre verhindert.

Schwieriger war es, Opel dazu zu bringen, die verlassenen Flächen (wie in Detroit) einfach brach liegen zu lassen. Opel konnte sich zu Beginn der Auseinandersetzung durchaus vorstellen, die Flächen der Stadt zu verkaufen. Allerdings wollte die Stadt Bochum die Flächen nicht einmal geschenkt bekommen, da die zu erwartenden Kosten für Rückbau und Sanierung den nach Rückbau zu erzielenden Marktpreis deutlich überstiegen, oder anders ausgedrückt: Der Verkehrswert der Grundstücke war negativ.

Bei den Grundstücken handelt es sich um zwei Flächen in unterschiedlichen Bochumer Stadtteilen mit insgesamt ca. 1.600 000 Quadratmetern (also die Größe von 160 Fußballfeldern). Allein die Fläche von Werk I mit ca. 700 000 Quadratmetern ist größer als das Gelände der Ruhr-Uni Bochum mit 41 000 Studierenden und 5.600 Beschäftigten. Als sanierte Fläche wäre das – nach dem Scheitern des Projektes New Park in Datteln – die größte zusammenhängende Gewerbefläche im mittleren Ruhrgebiet. Also ein großes Potential für Wirtschaftsentwicklung und Stadtentwicklung in Bochum.

Die Stadt Bochum hat relativ schnell beschlossen, mit dem Land NRW und Opel gemeinsam ein Konzept für die Entwicklung der Flächen zu erarbeiten, mit dem Ziel, dass sich Land NRW und Opel auch finanziell dran beteiligen. Unter der Federführung der Landesentwicklungsgesellschaft NRW Urban wurde in mehreren Workshops unter Beteiligung von Stadtverwaltung, Wissenschaft, regionale Wirtschaftsförderung, Opel, IG Metall, kommunaler Politik und dem Wirtschaftsministerium NRW ein Konsens für die



Nutzung der Flächen entwickelt: Auf den Flächen von Werk I sollen Großansiedlungen ermöglicht werden, vor allem Gewerbe- und Industrieflächen ausgewiesen und in Teilflächen wissenschaftliche Nutzungen angesiedelt werden. Auf der zweiten Fläche sollten die Entwicklung einer Lernfabrik (ein von der IG Metall und der Ruhr-Uni entwickeltes Konzept), kleinteiligeres Gewerbe, wissenschaftsaffine Nutzungen und Pioniernutzungen ermöglicht werden.

Parallel dazu wurden zwischen Stadt und Opel Verhandlungen über die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft geführt, auf die die Flächen übertragen werden sollte. Aufgabe der Gesellschaft sollte die Entwicklung und Vermarktung der Flächen sein. Dies wäre aber nur mit einer entsprechenden finanziellen Förderung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ durch das Land NRW finanzierbar. Opel war in dem Prozess ein schwieriger Verhandlungspartner, der nur schwer dazu zu bringen war, konkrete Zusagen über das Einbringen von Flächen und finanziellen Mitteln in diese Gesellschaft zu erbringen. Und der Stadt fehlten die Druckmittel. So war es vor allem die Opposition von CDU (!) und Linke, die in dieser Phase Opel massiv öffentlich kritisierte, um das einzig denkbare Druckmittel einzusetzen: Den Ruf von Opel weiter zu schädigen.

Ende Januar hat der Bochumer Stadtrat beschlossen, gemeinsam mit der Adam Opel AG die Gesellschaft Bochum Perspektive 2022 zu gründen, die die frei werdenden Opel-Flächen in Laer und Langendreer für die Ansiedlung neuer Unternehmen entwickeln soll. Die Linksfraktion hat diese Entscheidung in Abstimmung mit dem Opel-Betriebsrat unterstützt, damit endlich Fördergelder für die Sanierung der Flächen beantragt werden können. Erst im April wurde dann die entscheidende Gesellschaftervereinbarung mit Opel getroffen. Darin verpflichtete sich Opel, nach Beendigung der Produktion die Flächen von Werk I zu einem symbolischen Kaufpreis von

1 Der Text des Sozialtarifvertrages findet sich auf der Seite von Labournet Germany www.labournet.de/wp-content/uploads/2014/06/Opel-Bochum-Sozialtarifvertrag-2014.pdf

2 Ein dritter Grund, die Absicherung von unmittelbaren Steuereinnahmen, spielte keine Rolle, da Opel in den letzten 50 Jahren in Bochum ohnehin nur in einem Jahr Gewerbesteuer gezahlt hat.

einem Euro auf die neue Gesellschaft zu übertragen. Welche Flächen von Werk II und III auf die Gesellschaft übertragen werden, will Opel bis Ende 2014 entscheiden. Und Opel und Stadt werden jeweils (knapp) 11 Mio. Euro in die Gesellschaft einbringen – davon allerdings mehr als 50 % als Sach- und Personalleistungen. Damit ist die neu gegründete Gesellschaft finanziell deutlich zu schlecht ausgestattet. Nach derzeitiger Planung wäre die Gesellschaft bereits Ende 2017 überschuldet.

Opel verweigert bisher konkrete Zusagen, mehr finanzielle Mittel bereit zu stellen, auch auf eine verbindliche Nachschussverpflichtung hat sich Opel nicht eingelassen. Und es gibt weitere Risiken. Die endgültige Förderquote aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ steht noch nicht fest. Auch sind noch nicht alle Beihilfefragen nach EU-Recht geklärt. Und ob die neue Gesellschaft, bei der die Hälfte des Aufsichtsrates aus ehrenamtlichen

arbeitenden Kommunalpolitikern, die andere Hälfte aus Vorstandsmitgliedern der Adam Opel besteht, die Gesellschaft im öffentlichen Interesse kontrollieren und steuern kann, steht in den Sternen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass Opel die Gesellschaft nach 2016, wenn sich die öffentliche Wahrnehmung von Opel Bochum abgewandt hat, insolvent gehen lässt. Und dann heißt es vielleicht doch: A little bit like Detroit.

Uwe Vorberg

„Bei Hamburgs Feuerwehr brennt die Hütte“

Unter dieser Überschrift machte die Fraktion Die Linke in der Hamburgischen in einer Pressekonferenz auf die angespannte Situation im Rettungswesen aufmerksam.

Alle 127 Sekunden rückt in Hamburg ein Rettungswagen der Feuerwehr oder der Hilfsorganisationen aus. Die Zahl der Einsätze steigt seit Jahren rasant, 249.072 waren es 2013.

Diese Zahl ist eindrucksvoll. Sie belegt die Bedeutung des Rettungsdienstes für die 1,8 Millionen Hamburgerinnen und Hamburger. Und im Hinblick auf die – inzwischen wahrscheinlich gebannte – Gefahr der Privatisierung ist zu sagen: Der Rettungsdienst ist Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss es auch bleiben. Nur die öffentliche Hand kann die flächendeckende, bedarfs- und fachgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung steuern und sicherstellen. Dabei kann und muss sie sich auf die Hilfsorganisationen wie DRK und andere stützen, aber die Verantwortung und die Hauptlast der Gewährleistung bleiben bei der Stadt und der Feuerwehr.

Die Zahl von 249.072 Einsätzen, davon ca. 90% von der Feuerwehr durchgeführt, belegt aber auch die gewaltigen organisatorischen Leistungen und den bedeutsamen Einsatz der Frauen und Männer in den Rettungs- und Notarztwagen. Man kann sich leicht vorstellen, dass die Rettungseinsätze mit großen körperlichen und psychischen Belastungen verbunden sind. Das Fachpersonal der Rettungsdienste gilt als besonders exponierte Gruppe für psychische und physische Belastungen. Auch das spricht übrigens gegen alle Privatisierungsbestrebungen des Rettungsdienstes – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst dürfen nicht zu Niedrigstlöhnen verschlissen werden, wie es bei privaten Konkurrenten der Fall ist. Hinzu kommt bei dieser hohen Einsatzdichte, dass nach einem schweren Einsatz oft nicht einmal Zeit zum Verschnaufen und Erholen bleibt, sondern der nächste

und vielleicht wieder schwere Einsatz bereits erneut die volle Konzentration und Leistungsfähigkeit fordert.

Aber damit sind die Probleme bereits angedeutet.

Personalknappheit, Strukturschwächen, Unterfinanzierung

Als wesentliches Qualitätsmerkmal im Rettungsdienst gilt – wie natürlich auch im Brandschutz – die zeitliche Nähe, mit der Patientinnen und Patienten die notwendige rettungsdienstliche Leistung erhalten, die sogenannte Hilfsfrist. So sinken zum Beispiel die Chancen einer erfolgreichen Reanimation mit jeder Minute, in der nichts passiert, und die Schädigung des Hirns nimmt von Minute zu Minute zu. In vielen Fällen, bei Infarkten, Schlaganfällen, Schädel-Hirn-Traumata, im Fall schwerer Verletzungen, muss die definitive klinische Therapie nach 60 bis höchstens 90 Minuten begonnen haben. Es kommt buchstäblich auf jede Minute an.

Für Hamburg gilt, wenn auch nicht gesetzlich verankert, eine Hilfsfrist von 8 Minuten. Die 8 Minuten gelten für die meisten Ballungsräume in Deutschland. Das heißt von der Notrufabfrage bis zum Eintreffen vor Ort sollen nicht mehr als 8 Minuten verstreichen. Die Rechtsprechung hält den Rettungsdienst für funktionsfähig, wenn diese Hilfsfrist in Ballungsräumen in 90% der Fälle erreicht wird. Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland hält sogar einen Erfüllungsgrad von 95% für notwendig.

In Hamburg wird die Hilfsfrist für Rettungswagen inzwischen aber nur in 70,8% aller Fälle erreicht – mit sinkender Tendenz. Das heißt: Rund 60 000 Menschen wurden 2013 potenziell nicht rechtzeitig erreicht. Da ist es kein Trost, dass der Erfüllungsgrad in Berlin noch deutlich darunter liegt. In den nordrhein-westfälischen Großstädten liegt er mit 85 bis 90% deutlich über dem in Hamburg und nahe am Erforderlichen.

Der Grund für den schlechten Erfüllungsgrad ist nicht, dass die Feu-

erwehr einen schlechten Job macht. Nein: Die Hamburger Feuerwehr hat seit Längerem und anhaltend ein großes Personalproblem, das gleichermaßen Brandschutz wie Rettungsdienst trifft. Auf dieses Personalproblem und die verhängnisvollen Folgen weist der Berufsverband Feuerwehr seit Jahren immer wieder hin. Dabei geht es nicht um einige wenige fehlende Stellen. Laut einem 2010 erstellten Gutachten fehlten zum damaligen Zeitpunkt im Bereich der Berufsfeuerwehr 600 Stellen. Durch die Verbesserung des Gesundheitsmanagements ist es wenigstens gelungen, den hohen Krankenstand deutlich zu reduzieren. Die Personalnot bedeutet aber auch: Die notwendige Aus- bzw. Weiterbildung wird nur zu 50% geleistet.

Seit langen Jahren ist die Feuerwehr unterfinanziert. In dem Gutachten wurde ferner festgestellt, dass sechs Wachen fehlen, um über ein wirklich ausreichendes Netz von Standorten von Lösch- und Rettungswagen zu verfügen. Mit der Forderung konfrontiert, in jeden zukünftigen Doppelhaushalt den Bau einer einzigen Wache einzustellen, sodass die strukturellen Defizite in zwölf Jahren ausgeglichen sind,



Der Einsatzdienst der Feuerwehr Hamburg: Auch wenn selbstverständlich die verschiedenen, im Hintergrund agierenden Abteilungen der Feuerwehr den „Laden“ am Laufen halten, so ist doch das „Kernstück“ der Einsatzdienst. Also jene Tätigkeiten unserer Einsatzkräfte, die Sie Tag für Tag (oder auch in der Nacht) beobachten können. Auch die Notfallseelsorge ist ein Teil der Feuerwehr Hamburg. Hätten Sie das gedacht?

Text u. Bild: www.hamburg.de/einsatzdienst/

reagierte der Innensenator abweisend.

Klar ist jedoch, dass sich die Probleme verschärfen, wenn nicht gehandelt wird. Die wachsende Stadt in Verbindung mit der demografischen Entwicklung, der steigenden Zahl älterer und alter Menschen, lässt die Anforderungen an die Feuerwehr in Zukunft noch wachsen, an den Rettungsdienst noch stärker als an den Brandschutz. Die Forschung geht davon aus, dass selbst bei rückläufiger Bevölkerungszahl die Einsätze bis 2050 um 25% zunehmen werden. Um wieviel mehr werden sie in der wachsenden Stadt Hamburg zunehmen! Von anderen Entwicklungen wie der Zunahme von Großevents, der anhaltenden Spezialisierung von Krankenhäusern, die zu längeren Wegen für die Rettungs- und Notarztwagen führt, gar nicht zu reden. Auch wird es nicht leichter, qualifizierte junge Männer und Frauen – Voraussetzung ist bisher eine abgeschlossene Berufsausbildung – für die Feuerwehr zu gewinnen.

Bereits vor eineinhalb Jahren hat die Linksfraktion in der Bürgerschaft die Novellierung des Hamburgischen Rettungsdienstgesetzes angemahnt. Der Antrag wurde in den Innenausschuss überwiesen und ruht dort unbehan-

delt, weil die Regierungsmehrheit ihn nicht behandeln will. Denn der Senat will, so heißt es, die Novellierung in dieser Legislaturperiode, also bis März 2015, nicht mehr anpacken. Deshalb hat die Fraktion jetzt einen weiteren Antrag eingebracht, mit der sie erreichen will, dass der Rettungsdienst auf die gewachsenen Anforderungen ausgerichtet wird. So soll der Senat unter anderem verpflichtet werden, umgehend eine Bedarfsplanung für Rettungsdienst und Krankentransport vorzunehmen und dabei eine Bestandsaufnahme vorhandener Strukturen und Leistungen aller nichtprivaten Leistungsanbieter zu erfassen. Ferner einen Masterplan mit Zeit- und Finanzplan zur Schaffung notwendiger Feuer- und Rettungswachen, Personalaufstockung und Neubau einer integrierten Rettungsleitstelle (die vor einigen Jahren neu gebaute ist inzwischen zu klein). Als Sofortmaßnahme sollen die Hilfsorganisationen stärker einbezogen werden. Die haben der Stadt inzwischen acht neue Rettungswagen angeboten, die Stadt hat das Angebot bisher abgelehnt.

Christiane Schneider

DIHK warnt vor Investitionsschwäche deutscher Unternehmen. *Der Spiegel*, 28.7.2014. Interview mit DIHK-Präsident E. Schweitzer, der sich besorgt darüber äußert, dass Unternehmen in Deutschland zu wenig investierten und die strukturelle Investitionslücke noch größer werden könnte. „Die Unternehmen müssen in ihren Standort Vertrauen haben – das ist die Grundlage für Investitionen ... Derzeit meint die Bundesregierung aber, sie könne die Betriebe mit Maßnahmen wie der Rente mit 63, dem Mindestlohn oder mit steigenden Energiekosten weiter belasten. Deshalb glauben viele Unternehmen nicht mehr daran, dass es sich lohnt, hierzulande zu investieren, zumal die Unsicherheit bei der Erbschaftssteuer noch hinzukommt. Wir verfrühtücken die Basis unseres Wohlstandes.“ Eine DIHK-Umfrage zeige, dass ... zum ersten Mal seit Jahren die Zahl der Unternehmen wachse, die aus Kostengründen in anderen Ländern investierten – und nicht etwa, weil sie dort neue Märkte erobern wollen ... „Die Agenda 2010 brachte einige Jahre, um ihre positive Wirkung zu entfalten. Aber nun dreht die Bundesregierung entscheidende Reformen zurück – und davor warnen wir“.

BDA: Tarifpolitik ist kein Instrument der Währungspolitik. BDA-Presseerklärung, Mi., 30.7.14. – Zur laufenden tarifpolitischen Debatte erklärt Arbeitgeberpräsident I. Kramer: „Die Ratschläge der Bundesbank zur kon-

kreten Höhe von Lohnzuwächsen sind überflüssig und wenig hilfreich. Tarifpolitik ist kein Instrument der Währungspolitik. Die Tarifverträge haben in den letzten Jahren in der Regel reale Lohnsteigerungen der Arbeitnehmer ermöglicht, waren aber sehr differenziert und haben die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und der Arbeitsplätze gesichert. Diese erfolgreiche Tarifpolitik werden wir fortsetzen, wobei allerdings die derzeit nachlassende konjunkturelle Entwicklung berücksichtigt werden muss.“

Bauernverband erwartet negative Folgen russischer Sanktionen. *Die Börse*, Mi., 6.8.14. – Der Deutsche Bauernverband erwartet nach den von Russland verhängten Einfuhrverboten für landwirtschaftliche Produkte auch negative Auswirkungen für Landwirte in Deutschland und Europa.

„Der Angebotsdruck im EU-Binnenmarkt dürfte steigen“, sagte der stellvertretende Generalsekretär U. Hemmerling. „Bei unseren Hauptexportprodukten ist Russland schon ein wichtiger Markt, vor allem bei Fleisch und Milchprodukten. Allerdings haben wir schon seit Herbst praktisch einen Importstopp, weil Russland Risiken in der Lebensmittelsicherheit sieht. Wir sind aber der Auffassung, dass dies auch schon politische Maßnahmen sind“.

Zusammenstellung: rst

**Wirtschafts-
presse**

Der lange Weg nach Gaza

von Uri Weltmann¹

Nahezu jede Zeitung oder Nachrichtensendung der Welt ist gegenwärtig bemüht, ihre Leser oder Hörer zumindest oberflächlich (mitunter auch in allen Details) zu Zeug_innen der menschlichen Tragödie in Gaza zu machen. Die israelische Regierung unter der Führung von Benjamin Netanyahu begann in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt einen ungerechten Krieg, der großflächige Zerstörungen und den Tod vieler Menschen zur Folge hat. Auch die Menschen in Israel sind Opfer der Strategie ihrer Regierung geworden. Sie haben nicht nur die Härten des Krieges zu ertragen, sondern werden auch, wenn der Dunst der Schlacht sich gelegt hat, den wirtschaftlichen Preis bezahlen müssen.

Carl von Clausewitz' berühmter Ausspruch, wonach Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln sei, legt nahe, dass wir nur dann zu einem tieferen Verständnis der Ereignisse gelangen können, wenn wir die dem Krieg vorangehenden Entwicklungen genauer beleuchten. Für Historiker_innen freilich ist die Wahl des Ausgangspunktes stets eine brisante Angelegenheit, bestimmt sie doch den Blick auf die Ereignisse. Ausgangspunkt für den hier eingeschlagenen „langen Weg nach Gaza“ ist das Jahr vor Kriegsbeginn, d.h. der Zeitpunkt, an dem sich Netanyahu – nach mehreren Jahren der politischen Sprachlosigkeit – am Verhandlungstisch wiederfand.

Israelische und internationale öffentliche Meinung erzwangen Gespräche

Die lange Phase der Verhandlungsabstinenz zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) wurde am 30. Juli 2013 mit der Wiederaufnahme der Gespräche unter Vermittlung der USA durchbrochen. Allerdings ging der israelische Ministerpräsident mit wenig Begeisterung in die Gespräche, war er doch davon überzeugt, dass es besser sei, die Besatzung „zu verwalten“ denn zu beenden. Dem Druck aus Israel und dem Ausland hatte er jedoch wenig entgegenzusetzen.

Innenpolitischer Druck entstand durch die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Januar 2013, in denen sich die Mehrheit der Israelis für Parteien aussprach, die in Worten (nicht unbedingt in Taten) die Idee einer Zweistaatenlösung befürworteten. Einer Meinungsumfrage vom Juli 2013 zufolge sprachen sich zu diesem Zeitpunkt 59 Prozent der

Vorbemerkung: Uri Weltmann beabsichtigt in seiner Kurzanalyse nicht, alle Seiten und Verstrickungen der Vorbereitung, des Verlaufs und der – noch nicht vollends absehbaren – Nachwirkungen der jüngsten militärischen Operation der israelischen Armee in Gaza umfassend darzustellen.

Er skizziert einzig den israelischen Kontext für den „langen Weg nach Gaza“ und damit eine wichtige, vielleicht die entscheidende Kausalkette, die zum Ausbruch der derzeitigen Krise führte – die politische Interessenlage sowie Motive und Anstöße für die militärische Entscheidungsfindung der israelischen Eliten.

Mit anderen Worten: Anliegen seiner Wortmeldung ist, aus linker israelischer Perspektive, die Sondierung des

politischen Vorfelds für das jüngste Geschehen.

Andere wichtige Konfliktlinien werden weitgehend außer Acht gelassen bzw. lediglich in Nebensätzen erwähnt – seien es die Positionen äußerer Mächte zum Konflikt (außer USA), der konkrete Verlauf und die politischen bzw. militärischen Ergebnisse der Militäraktion, die Unverhältnismäßigkeit in der konkreten Gewaltanwendung, die in Israel existenten Raketenphobien und Tunnelsyndrome als zentrale Bezugspunkte und Argumentationsmuster der psychologischen Kriegsführung und anderes mehr.

Nicht thematisiert werden auch die realen bzw. vermeintlichen politischen und militärischen Zielsetzungen der Hamas, deren Massenbasis, militäri-

sche Stärke und konkrete Kriegsführung, die jüngere Geschichte des Gazastreifens, die wirtschaftlichen, politischen und mentalen Auswirkungen der israelisch-ägyptischen Gazablockade, die humanitären Defizite im Umgang mit der Gaza-Bevölkerung und viele andere bedeutsame Konfliktursachen, die jeweils eine eigenständige umfassende Analyse und Darstellung verdienen.

Der Beitrag wurde durch das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegeben. Sein Inhalt wird selbstverständlich vom Autor verantwortet und muss nicht in jeder Aussage die Meinung der Herausgeber widerspiegeln.

*Tel Aviv, 12. August 2014,
Angelika Timm*

Israelis für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen aus; 55 Prozent unterstützten die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels.²

Außenpolitischer Druck wurde unter anderem mit Hilfe der neuen Förderrichtlinien der Europäischen Kommission aufgebaut. Entsprechende finanzielle Unterstützung können demnach nur noch israelische Projekte erhalten, die nicht in den palästinensischen Autonomiegebieten des Westjordanlandes, in Ostjerusalem oder in den besetzten syrischen Golanhöhen angesiedelt sind.³ Zusätzlich kündigte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton an, sie strebe die Verabschiedung umfassender Regelungen zur Kennzeichnung israelischer Produkte aus den Siedlungen in den besetzten Gebieten an.⁴ Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang das wissenschaftliche Kooperationsabkommen zwischen Israel und der EU – *Horizon 2020*. Die Unterzeichnung der Vereinbarung verzögerte sich, nachdem die EU betont hatte, sie werde keine Unternehmen und keine Institutionen fördern, deren Sitz sich jenseits der international anerkannten „Grünen Linie“ befinde.⁵

Verhandlungen bei paralleler Zementierung der Besatzung

Netanjahu und seine Regierung sahen sich aufgrund des inneren und äußeren Drucks somit zu Verhandlungen gezwungen, an deren Abschluss sie kein wirkliches Interesse hatten. Von Anfang an suchte Netanjahu Fakten zu

schaffen, die die Verhandlungen zum Scheitern bringen sollten. Insbesondere forcierte er den Bau neuer Wohneinheiten in den Siedlungen. Gleichzeitig wurde die palästinensische Delegation der Verhandlungsresistenz bezichtigt – nicht zuletzt, um den palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas (Abu Mazen) zu provozieren, die Verhandlungen abubrechen. Unterstützt durch die USA hätte Netanjahu in diesem Fall erklären können, die Verantwortung für das Scheitern der Gespräche hätte bei den Palästinenser_innen und nicht bei der eigenen auf Expansion ausgerichteten Regierungspolitik gelegen.

Bestandteil des skizzierten Verhandlungskalküls war es, dass während der neunmonatigen israelisch-palästinensischen Gespräche (von August 2013 bis April 2014) die Regierung Netanjahu Pläne und Ausschreibungen für mindestens 13.581 neue Wohneinheiten in den Siedlungen bestätigte, d.h. durchschnittlich mehr als 50 Einheiten pro Verhandlungstag. Auf das Jahr bezogen vervierfachen sich die Ausschreibungen gegenüber den Jahren zuvor.⁶

Zu den Querschüssen gehörte auch die Permanenz militärischen Gewalteinsetzes: Einem Bericht der Verhandlungsabteilung der PLO zufolge starben bei Aktionen der israelischen Armee während der neun Verhandlungsmonate 61 Palästinenser_innen; 1.054 Personen wurden seitens des israelischen Militärs bzw. von israelischen Sicherheitskräften verletzt. Im gleichen Zeitraum ereigneten sich 660 Übergriffe

von Siedler_innen auf palästinensische Zivilist_innen und palästinensisches Eigentum. Die israelische Besatzungsmacht griff höchst selten ein. Sie nahm die Vorfälle zumeist stillschweigend zur Kenntnis oder unterstützte sie. Es wurden Steine geworfen, Olivenbäume mit ihren Wurzeln herausgerissen und verbrannt, Autos zerstört und Moscheen sowie Kirchen angegriffen und beschädigt. Parallel zum Ausbau der Siedlungen zerstörten die israelischen Behörden weiterhin Häuser von Palästinenser_innen: 508 palästinensische Gebäude wurden abgerissen und 878 Menschen gewaltsam vertrieben. Zudem führten israelische Sicherheitskräfte 4.500 Razzien durch, bei denen 3.674 Palästinenser_innen verhaftet wurden.⁷

Die israelische Behauptung, an einer friedlichen Lösung des Konflikts zu arbeiten, wurde auf diese Weise ad absurdum geführt. Warum schuf die Regierung durch die Erweiterung von Siedlungen z.B. neue Fakten, die einer Zweistaatenlösung zuwiderlaufen, wenn sie ernsthaft eine einvernehmliche Grenzziehung zwischen Israel und Palästina anzustreben sucht? Warum vertrieb sie Palästinenser_innen aus ihren Häusern im besetzten Ostjerusalem bzw. siedelte sie dort weitere Israelis an, wenn sie einen Kompromiss in der Jerusalemfrage zu suchen bereit ist? Der Kuchen, über dessen Aufteilung man mit einer anderen Partei noch diskutierte, wurde also bereits gegessen.

1 Uri Weltmann ist Mitglied der Leitung des *Emil Touma Institute for Palestinian and Israeli Studies* in Haifa und Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Israels.

2 Die Umfrage führte das Institut „Panel Politics“ durch. Die Ergebnisse wurden am 22.7.2013 auf dem Nachrichtenportal Mako veröffentlicht: <http://tinyurl.com/mako220713> (Hebräisch)

3 Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union, 19.7.2013: <http://tinyurl.com/EU190713> (Englisch)

4 „Catherine Ashton: Israeli settlement products to be labeled in EU by end of 2013“, Haaretz, 23.7.2013: <http://tinyurl.com/haaretz230713> (Englisch)

5 „Israel's National Security Council to discuss EU cooperation in wake of settlement boycott“, Haaretz, 5.8.2013: <http://tinyurl.com/haaretz050813> (Englisch)

6 „9 Months of Talks, 9 Months of Settlement Development“, ein Bericht der „Peace Now“-Bewegung, 29.4.2014: <http://tinyurl.com/peacenow290414> (Englisch)

7 „Israeli Violations During the Nine Months Negotiation Process“, Bericht der NAD-PLO, 29.4.2014: <http://tinyurl.com/plo290414> (Englisch)

Eine Regierung der Falken, die sich jeder „Zweistaatenlösung“ widersetzt

Die skizzierten Widersprüche werden verständlich, wenn man sich klar macht, dass die rechtsgerichtete israelische Regierung wenig Interesse an einer tatsächlichen Einigung mit den Palästinenser_innen hat. Das bezeugen nicht nur ihre praktischen Taten, sondern auch zeitgleiche Äußerungen führender israelischer Politiker_innen.

Hinter verschlossenen Türen äußerte Netanyahu Koalitionspartner, der rechtsgerichtete Wirtschaftsminister Naftali Bennett und Kopf der extremistischen Partei Ha-Bajit Ha-Jehudi (Jüdisches Heim), das [Verhandlungs-] Ziel bestehe in der „Torpedierung jedweder Vereinbarung und in der Verhinderung jeglicher Schritte, die zu einer Aufweichung der Grenzen von 1967 führen“.⁸ Der Minister für Bauwesen und Wohnungsbau, Nummer Zwei in der Partei „Jüdisches Heim“, Uri Ariel, erklärte apodiktisch: „Zwischen dem Jordan und dem Meer wird es nur einen Staat geben, und dieser Staat wird Israel sein. Jerusalem wird nicht erneut geteilt werden. Es gibt keinen [Bau]stopp und es wird auch keinen geben, das lassen wir nicht zu.“⁹

Ablehnende Stimmen ließen sich nicht nur von den Koalitionspartnern vernehmen, sondern kamen auch aus der eigenen Likud-Partei. Verteidigungsminister Moshe Ya'alon meinte z.B. im Zweiten Israelischen Fernsehen, Abu Mazen sei „kein Partner für eine endgültige Vereinbarung, die in eine Anerkennung des Staates Israel mündet“.¹⁰

Anstatt die neun Monate andauernden Verhandlungen zu nutzen, um konstruktiv tragfähige Lösungen zu entwickeln, die sowohl die legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes als auch den Schutz und die Sicherheit der Bürger Israels zu garantieren vermögen, torpedierte die rechtskonservative israelische Regierung die Verhandlungen. Sie spielte auf Zeit und wartete auf den unvermeidlichen Zusammenbruch der Gespräche. Im Oktober 2013 zitierte die in London ansässige Zeitung Al-Hayat zumindest westliche diplomatische Kreise mit den Worten, die israelisch-palästinensischen Gespräche seien aufgrund der „israelischen Weigerung, ernsthaft über Grenzen zu verhandeln“, in eine Sackgasse geraten. Die Zeitung verwies

auf palästinensische Quellen, wonach „die Aussicht auf Fortschritte in den derzeitigen Verhandlungen [...] gleich Null“ sei. Sie schrieb ferner, dass die Palästinenser_innen befürchteten, Israel werde die Treffen zwischen Netanjahu und Abbas nur nutzen, „um über einen Friedensprozess zu fabulieren, der eigentlich nur das Ziel hat, internationalen Druck abzubauen“.¹¹

Die US-Regierung – kein neutraler Vermittler

Obwohl die Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern vom US-Außenminister John Kerry kontinuierlich begleitet wurden, konnte er keinesfalls als neutraler Vermittler gelten. Der Staat Israel ist nach wie vor größter Empfänger amerikanischer Militärhilfe; zwischen 2009 und 2018 wird er insgesamt 30 Milliarden USD erhalten.¹² Als strategischer Verbündeter der USA in der Region kommt dem Land eine Schlüsselrolle in jedem künftigen Nahostkrieg zu, soweit US-Interessen im Spiel sind, sei es z.B. in Bezug auf Syrien oder den Iran.

Aus dem genannten Grund behält die Regierung Obama in der Region weitgehend den Kurs der vorherigen amerikanischen Regierungen bei. Anstatt die Expansion Israels in den besetzten Gebieten zu beenden, drückt sie ein Auge zu. Die Annektierung palästinensischer Gebiete und die zwangsweise Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern ist ihr ein vergleichsweise kleiner Preis für den Erhalt und Ausbau der strategischen Allianz zwischen der größten Supermacht der Welt und ihrem treuesten Verbündeten im Nahen Osten.

EswarsomitkaumeineÜberraschung, dass Kerry in einem Interview mit dem Zweiten Israelischen Fernsehen andeutete, die Evakuierung der israelischen Siedler_innen aus dem Westjordanland werde möglicherweise nicht erforderlich sein.¹³ Obwohl ihm bewusst sein musste, dass die Siedlungsprojekte die Vorhut dauerhafter Besatzung bilden und gegen internationales Recht verstoßen, unterstützte er *de facto* die israelische Position, die vom Fortbestand der Siedlungen ausgeht.

Die Grundhaltung der US-Regierung zu den Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinenser_innen wurde von linken palästinensischen Parteien kritisiert. Sie verwiesen darauf, dass Kerrys Vorschläge auf die „Liquidie-

rung der Palästinafrage und die Verlängerung der israelischen Besatzung“ abzielten.¹⁴ Der Lauf der Ereignisse hat gleichermaßen die Befürchtung der Kommunistischen Partei Israels bestätigt, wonach gerade die Wahl der USA als Vermittler verhinderte, dass keine Bedingungen zustande kamen, wie sie für einen Erfolg der Gespräche erforderlich gewesen wären.¹⁵

Gespräche scheiterten an der Frage der palästinensischen Gefangenen

Nachdem der palästinensische Aufschrei über die Fortsetzung des Siedlungsbaus auf taube Ohren gestoßen war, scheiterten die Gespräche letztlich an der Frage der palästinensischen Gefangenen. Zu diesem Zeitpunkt saßen in israelischen Gefängnissen 5.053 palästinensische Gefangene, darunter viele so genannte „Verwaltungshäftlinge“, die ohne rechtsstaatliche Verfahren für lange Zeit hinter Gitter gebracht worden waren.¹⁶

Zu Beginn der Verhandlungen hatte sich Israel zur Freilassung von 104 Gefangenen in vier Etappen verpflichtet. Dieser Vereinbarung kam die israelische Regierung zunächst auch nach, indem sie trotz heftiger Kritik seitens der in der Regierungskoalition befindlichen Ultrarechten (und erstaunlicherweise auch der eher als „Tauben“ bekannten Oppositionspartei Meretz¹⁷) die ersten drei Gruppen frei ließ.

Als sich der Verhandlungsprozess jedoch seinem Ende näherte, kündigte Israel an, die vierte Gruppe werde nicht entlassen. Daraufhin entschied sich der palästinensische Präsident Abu Mazen, die weitere Entwicklung in die eigene Hand zu nehmen. Er erklärte im Namen der Palästinensischen Autonomiebehörde, die PA werde 15 internationale Abkommen unterzeichnen, darunter auch die Genfer Konvention. Der palästinensische Außenminister, Riyad Maliki, erklärte freimütig, der Schritt sei eine Antwort auf Israels Weigerung, die vierte Gruppe von Gefangenen zu entlassen, wie zu Beginn der Verhandlungen zugesagt. Israels Entscheidung, seiner Verpflichtung nicht nachzukommen, habe die Palästinenser_innen ihrerseits dazu gebracht, sich ebenfalls nicht mehr an ihr Versprechen gebunden zu fühlen, keine neuen Anerkennungsanträge an internationale Institutionen zu stellen.¹⁸

Bestätigt wird obige Einschätzung

8 „Bennett says his goal is to ‘torpedo’ any agreement with the Palestinians“, The Jerusalem Post, 20.1.2014: <http://tinyurl.com/jpost200114> (Englisch)

9 „Housing minister: No more settlement freezes“, The Times of Israel, 28.5.2014: <http://tinyurl.com/toi280514> (Englisch)

10 „Ya'alon: Abbas is a partner that receives, not one that gives“, Ynet, 15.3.2014: <http://tinyurl.com/ynet150314> (Englisch)

11 „Report: Israel has caused peace talks to reach a dead-end“, The Jerusalem Post, 1.10.2013: <http://tinyurl.com/jpost011013> (Englisch)

12 „Obama approves aid to Israel, PA“, Ynet, 18.12.2009: <http://tinyurl.com/ynet181209> (Englisch)

13 „Kerry hints settlers might not be evacuated as part of deal“, The Times of Israel, 19.2.2014: <http://tinyurl.com/toi190214> (Englisch)

14 „Leftists hold rallies across West Bank rejecting negotiations“, Ma'an News Agency, 25.1.2014: <http://tinyurl.com/maan250114> (Englisch)

15 „No chance for peace without ending the settlements“, Zo HaDerekh, 28.8.2013: <http://tinyurl.com/zohaderekh280813> (Hebräisch)

16 „Statistics on Palestinians in the custody of the Israeli security forces“, B'Tselem - The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories: <http://tinyurl.com/btselem070714> (Englisch)

auch durch Amos Harel, Journalist der Tageszeitung Haaretz und Experte für militärische Fragen. Netanjahu habe versucht, Abu Mazen die Schuld [am Scheitern der Gespräche] in die Schuhe zu schieben, so Harel. Die Abfolge der Ereignisse sei jedoch eindeutig: „Da die Palästinensische Autonomiebehörde Israel und die USA mit ihrer Ankündigung überraschte, die Mitgliedschaft bei 15 internationalen Konventionen zu beantragen, haben führende Vertreter Israels die Führung der Palästinenser beschuldigt, unverantwortlich zu handeln und die Stabilität in der Region zu gefährden. [...] Noch im Verhandlungsraum [...] wurden die Palästinenser_innen gewarnt [...], Israel werde Sanktionen gegen die Palästinensische Autonomiebehörde beschließen, sollte diese ihr Bemühen um internationale Anerkennung fortsetzen. [...] Die israelischen Sorgen können jedoch eine zentrale Tatsache nicht verbergen: Nicht die Palästinensische Autonomiebehörde, sondern Israel hat die Vereinbarungen gebrochen, die als Grundlage für die Verhandlungen fungierten. Bereits Ende März hätte Israel die vierte und letzte Gruppe palästinensischer Gefangener entlassen müssen. Dies wären die letzten 26 von insgesamt 104 Gefangenen gewesen, die laut einer Vereinbarung von Juli 2013 freigelassen werden sollten. In dem Augenblick, als die Israelis ihren Verpflichtungen nicht nachkamen und den eigenen Zeitplan nicht mehr einhielten, sahen sich auch die Palästinenser nicht mehr an ihre Verpflichtungen gebunden. Vor diesem Hintergrund kann nicht behauptet werden, die Palästinenser hätten alle Vereinbarungen gebrochen.“¹⁹

Netanjahu unter Druck

Auf das Scheitern der Gespräche zwischen Israel und der PLO folgten zwei neue Herausforderungen, die Netanjahus Strategie, die Besatzung fortzusetzen und eine friedliche Lösung hinauszuzögern, in Frage stellten – die Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung und der Hungerstreik Hunderter palästinensischer Gefangener.

Nachdem im April 2014 ein „Versöhnungsabkommen“ zwischen den führenden palästinensischen politischen Parteien Fatah und Hamas erreicht worden war, wurde eine neue palästinensische Regierung gebildet, die sowohl die Unterstützung seitens der von

der Fatah geführten Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland als auch seitens der Hamas-Regierung in Gaza erhielt. Israel kündigte sofort an, mit der „Einheitsregierung“ kein Friedensabkommen auszuhandeln zu wollen, sondern stattdessen weitgehende Strafmaßnahmen einzuleiten. Zeitgleich erkannten große Teile der internationalen Gemeinschaft, darunter auch die USA und die EU, die neue palästinensische Regierung an. Netanjahu beschuldigte Abu Mazen zudem, er habe „Ja‘ zum Terrorismus und ‚Nein‘ zum Frieden“ gesagt. Dies sei „eine direkte Fortsetzung der Strategie, den Frieden abzulehnen“.²⁰ Die Antwort des palästinensischen Präsidenten lautete: „Israels Drohungen zeigen die wahren Absichten der Besatzung. Wir wünschen keine Eskalation, aber wir können auch nicht einfach tatenlos bleiben.“²¹

In der Vergangenheit hatte Netanjahu wiederholt öffentlich bekundet, Verhandlungen mit Abu Mazen seien zwecklos, da dieser nicht für die von der Hamas regierten 1,8 Millionen Palästinenser_innen des Gazastreifens, sondern nur für die 2,7 Millionen Menschen im Westjordanland sprechen könne. Nach Bildung der Einheitsregierung galt plötzlich das gegensätzliche Argument: Verhandlungen mit Abu Mazen seien nunmehr zwecklos, da es sich bei der Hamas um eine terroristische Organisation handle. Als solche müsse diese von möglichen Verhandlungen ausgeschlossen werden! Die rhetorischen Verrenkungen verdeutlichen einmal mehr die generell ablehnende Haltung der derzeitigen israelischen Regierung gegenüber jedem produktiven Verhandlungskompromiss.

Die zweite für Netanjahu politisch bedenkliche Entwicklung war der Beginn eines Hungerstreiks palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen am 24. April. Der Streik ging zunächst ausschließlich von so genannten Administrativhäftlingen aus, das heißt von Personen, die ohne Prozess und im Widerspruch zum internationalen Recht im Gefängnis sitzen. Bald jedoch beteiligten sich weitere Gefangene am Streik und der Protest wurde auch international wahrgenommen. Schließlich sah sich UN-Generalsekretär Ban Ki Moon gezwungen, Bedenken über den sich verschlechternden Gesundheitszustand der in Administrativhaft einsitzenden palästinensischen Häft-

linge zu äußern.²²

Angesichts beider Entwicklungen wuchs der politische Druck seitens der internationalen Gemeinschaft. Immer häufiger wurde Kritik an Netanjahus fehlender Bereitschaft, auf die Forderungen der Gefangenen einzugehen, geübt. Zugleich wurde ihm vorgeworfen, schuld am Scheitern der Friedensgespräche zu sein und die Verhandlungen mit der palästinensischen Einheitsregierung hintertrieben zu haben. Netanjahu brauchte somit dringend eine Chance, das Blatt zu seinen Gunsten zu wenden.

Die Entführung

Am 12. Juni wurden die drei israelischen Teenager Eyal Ifrach, Gilad Shaar und Naftali Frenkel aus Siedlungen in der Nähe von Hebron, tief im besetzten Westjordanland, als vermisst gemeldet. Ein abrupt abbrechender Anruf eines der Teenager bei der Polizei legte die Entführung durch Palästinenser_innen nah. Sofort verwies die israelische Regierung auf die Hamas-Führung als Verantwortliche für die Entführung und setzte eine Suchaktion (Operation „Brother's Keeper“) in Gang. Starke Militärverbände wurden ins Westjordanland entsandt, Hunderte Palästinenser_innen, darunter auch zahlreiche Kinder, wurden verhaftet, und mindestens fünf Palästinenser_innen getötet. Unter den Verhafteten befanden sich Hamas-Angehörige, u. a. Mitglieder des Palästinensischen Legislative Council, des palästinensischen Parlaments, sowie Mitglieder verschiedener Parteien, die bei einem Gefangenaustausch im Oktober 2011 freigekommen waren.²³

Israel wurde im In- und Ausland im Verlauf der elftägigen Operation aufgrund der Massenfestnahmen und -verhaftungen sowie der Sperrung ganzer Städte und Dörfer beschuldigt, eine Kollektivstrafe über die Palästinenser_innen zu verhängen. Nicht zur Kenntnis genommen wurde, dass die Hamas-Führung von Anbeginn an betont hatte, keine Verbindung zur bzw. Verantwortung für die Entführung zu tragen. Auch Abu Mazen hatte mehrfach wiederholt, es fehle jedweder Beweis für eine Beteiligung der Hamas. Gleichzeitig betonte er, die Entführung [der jüdischen Jugendlichen] sei „weder gerechtfertigt noch akzeptabel“.²⁴ Trotz dieser Beteuerungen behauptete Netanjahu, über „eindeutige Beweise“

17 Nitzan Horowitz, Abgeordneter der Knesset (das israelische Parlament): „I am deeply opposed to release of terrorists at this time“, 29.12.2013: <http://tinyurl.com/meretz291213> (Hebräisch)

18 „Palestinians submit official bid to join 15 international conventions“, Haaretz, 2.4.2014: <http://tinyurl.com/haaretz020414> (Englisch)

19 „Both Israel and the Palestinians are between Kerry and a hard place“, Haaretz, 4.4.2014: <http://tinyurl.com/haaretz040414> (Englisch)

20 „Israel to hold Abbas 'directly responsible' for Gaza terror“, The Jewish Press, 3.6.2014: <http://www.jewishpress.com/news/breaking-news/israel-to-hold-abbas-directly-responsible-for-terrorism-from-gaza/2014/06/03/> (Englisch).

21 „Palestinians form consensus government“, Al-Jazeera, 3.6.2014: <http://tinyurl.com/aljazeera030614> (Englisch)

22 „Ban concerned at reports of worsening health of Palestinian detainees on hunger strike“, UN News Centre: <http://tinyurl.com/un060614> (Englisch)

23 „Israel committed serious violations in West Bank operations“, Al-Ahram, 3.7.2014: <http://tinyurl.com/alahram030714> (Englisch)

24 „Abbas says no evidence shows Hamas is behind kidnapping of three Israeli teens“, Xinhua, 22.6.2014: <http://tinyurl.com/xinhua220614> (Englisch)

für eine Hamas-Beteiligung zu verfügen (ohne diese freilich zu veröffentlichen).

Vor dem Hintergrund der Entführung und der erneuten schweren Repressionen im Westjordanland kümmerten alle Probleme, die Netanjahu nur wenige Wochen zuvor den Schlaf geraubt haben mögen, die internationale Gemeinschaft kaum noch. Der in Vergessenheit geratende Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen endete am 25. Juni praktisch ergebnislos. Weder das missglückte Ende von neun Monaten Verhandlungen, noch Israels Weigerung, die palästinensische Einheitsregierung anzuerkennen, spielten für die internationalen Mächte noch eine Rolle. Ausländische Regierungen beschränkten sich auf vorsichtige Kritik an den groben Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland; ansonsten drückten sie ihre Sorge um das Leben der drei entführten Jugendlichen aus.

Am 30. Juni wurden die Leichen der drei israelischen Teenager nahe Hebron gefunden. Kurz darauf veröffentlichte die israelische Regierung den Telefonanruf, den einer der drei Jugendlichen bei seiner Entführung bei der Polizei absetzen konnte. In der Aufnahme waren deutlich Schüsse zu hören. Dies führte zu Fragen. Warum hatte Netanjahu permanent von einer Entführung und nicht von einer möglichen Ermordung der Jugendlichen gesprochen? Warum hatte er der israelischen Öffentlichkeit versichert, er gehe davon aus, sie seien noch am Leben? Der denkbare zynische Schachzug Netanjahus, die öffentliche Sorge um das Leben der drei Teenager auszunutzen, um Unterstützung für eine massive Militäraktion gegen Hamas zu bekommen, wird zumindest durch eine Aussage des Sprechers der israelischen Polizei, Mickey Rosenfeld, unterstrichen. Rosenfeld meinte, freilich zu einem späteren Zeitpunkt, die Entführung habe weder auf Befehl noch mit dem Wissen der Hamas-Führung stattgefunden; das Verbrechen sei möglicherweise die Aktion einer „isoliert handelnden Zelle“ gewesen.²⁵

„Hamas trägt die Verantwortung und Hamas wird dafür bezahlen“

Netanjahu jedoch beschuldigte nunmehr unentwegt Hamas, die drei Teenager ermordet zu haben. Sein Wunsch nach einer Militäraktion traf sich mit der Stimmung in der von Trauer erfüllten israelischen Öffentlichkeit. Darüber hinaus nutzten ultrarechte

israelische Gruppen die durch die Entführung angeheizte nationalistische Stimmung für zahlreiche Gewaltakte gegen arabische Bürger_innen Israels sowie gegen Palästinenser_innen in den Autonomiegebieten. Am 2. Juli z.B. wurde der 16-jährige Palästinenser Mohammed Abu Khdeir aus dem besetzten Ostjerusalem von rassistischen Israelis entführt und bei lebendigem Leibe verbrannt. Sie sahen darin einen Akt der Vergeltung. In Ostjerusalem löste die grausame Tat schwere Kravalle aus, die sich später auf weitere Orte ausbreiteten.

Die Auseinandersetzungen eskalierten zunehmend. Schließlich begannen Mitglieder der Organisation „Islamischer Dschihad“ aus Protest gegen die Massenverhaftungen im Westjordanland aus dem Gazastreifen heraus Raketen auf Israel zu feuern. Die israelische Regierung, die im Verlauf der letzten beiden Wochen, d.h. nach der Entführung, über 80 Luftangriffe auf Gaza geflogen hatte²⁶, eskalierte ihrerseits die Situation weiter. Am 8. Juli kündigte sie die Militäroperation „Protective Edge“ an. Der Gazastreifen wurde das Ziel massiver Luftschläge bzw. des Artilleriebeschusses. Mit Beginn der Bodenoffensive am 17. Juli spitzte sich die Situation weiter zu. Viele Menschen starben (bis Anfang August ca. 1800, unter ihnen viele Frauen und Kinder), wurden verwundet und aus ihren Häusern vertrieben. Zahlreiche Häuser und die Infrastruktur des Gazastreifens wurden zerstört. Über 60 israelische Soldaten sowie drei Zivilist_innen kamen im Süden Israels ums Leben.²⁷

Nicht Krieg, sondern einzig Frieden wird Sicherheit bringen

Während des letzten Jahrzehnts hat Israel Gaza mehrfach angegriffen. Die Operationen hießen „Rainbow“ (Mai 2004), „Days of Penitence“ (September 2004), „Summer Rains“ (Juni 2006), „Autumn Clouds“ (Oktober 2006), „Hot Winter“ (Februar 2008), „Cast Lead“ (Dezember 2008), „Pillar of Defense“ (November 2012) – und nunmehr „Protective Edge“.

Vor einhundert Jahren, im August 1914, schrieb der britische Autor H. G. Wells, der Erste Weltkrieg sei der „Krieg, der *allen* Kriegen ein Ende bereitet“. Betrachtet man den Verlauf des 20. Jahrhunderts, so war das eine bedauerliche Fehlwahrnehmung. Was aber lässt sich über Benjamin Netanjahu sagen, der den Israelis weismachen möchte, dass die derzeitige militäri-

sche Operation einzig darauf abziele, weitere Militäroperationen gegen Gaza in der Zukunft unnötig zu machen? Nach den acht Militäroperationen der letzten zehn Jahre scheint das israelische politische Establishment immer noch weit davon entfernt zu begreifen, dass jede „erfolgreiche“ Militäroperation lediglich Voraussetzungen für einen weiteren Krieg schafft und dass einzig dauerhafter Frieden den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen bzw. die Rechte und Sicherheit beider Völker garantieren kann.

Ein solcher Frieden muss auf der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite Israels innerhalb der Grenzen der „Grünen Linie“ vom 4. Juli 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt beruhen. Alle israelischen Siedlungen sowie die Trennmauer müssen demontiert und die in israelischen Gefängnissen inhaftierten Palästinenser freigelassen werden. Auch für das palästinensische Flüchtlingsproblem muss eine gerechte Lösung auf Grundlage der entsprechenden UN-Resolutionen gefunden werden.

Seit Jahrzehnten kämpft die israelische Friedensbewegung für eine politische Lösung des Konflikts. Sie ging von diesem Grundsatz auch während der jüngsten Eskalation nicht ab. In den größeren israelischen Städten kam es zu Antikriegsdemonstrationen. Sprechchöre waren zu hören wie „Juden und Araber weigern sich, Feinde zu sein!“ und „Unsere Kinder wollen leben – im [palästinensischen] Gaza wie im [israelischen] Sderot!“. Auf dem Rabin-Platz im Herzen Tel Avivs versammelten sich am 26. Juli z.B. Tausende Menschen zu einer erstaunlich optimistischen jüdisch-arabischen Friedensdemonstration, die durch Angriffe rechter Schlägertrupps und die Einmischung der Polizei letztlich nicht unwirksam gemacht werden konnte.

Wie frühere Militäroperationen wird auch der jüngste brutale Angriff auf Gaza ein Ende finden. Dann steht Israel erneut vor der Wahl, entweder auf dem Weg zu bleiben, der bereits in der Vergangenheit scheiterte, bzw. sich auf einen weiteren Krieg in ein oder zwei Jahren vorzubereiten, oder aber auf eine Verständigung mit der palästinensischen Führung [in Ramallah und Gaza] hinzuarbeiten. Die Linke in Israel kämpft dafür, dass unser Land den zweiten Weg wählt und Fortschritte in Richtung auf einen gerechten und nachhaltigen Frieden die Zukunft bestimmen.

25 „It Turns Out Hamas May Not Have Kidnapped and Killed the 3 Israeli Teens After All“, New York Magazine, 25.7.2014: <http://tinyurl.com/nymag250714> (Englisch)

26 „Israel bombs Gaza after rocket attacks, Hamas gunman killed“, Reuters, 29.6.2014: <http://tinyurl.com/reuters290614> (Englisch)

27 „Updated account of casualties since the beginning of the military operation“, Siha Mekomit, 3.8.2014: <http://tinyurl.com/mekomit030814> (Hebräisch)

11 Thesen zu 25 Jahren Wende

1. Das Jahr 1989 markiert das Ende der nichtkapitalistischen Gesellschaften in Europa.

Über Verlust und Gewinn, Schuld und Verdienst wurde seither viel gestritten. Das tritt von Jahr zu Jahr mehr zurück, zu groß sind dafür die Probleme heute, private wie öffentliche.

Unbeeindruckt davon gibt es eine offizielle, hegemoniale Geschichtspolitik: Opfergedenken und Täterschmäh. De-legitimation der DDR und Apologie des Gegenwärtigen. Das kann DIE LINKE aus Gründen, die im Heute liegen nicht hinnehmen.

2. Der Abstand ist erst heute groß genug, dass DIE LINKE die Wende 1989 nicht mehr *für sich* als DAS prägende Ereignis sehen kann und muss.

Die Wende als wichtige Episode des 20. Jahrhunderts. Der vierte Systemzusammenbruch in Deutschland im 20. Jahrhundert. Zwei sind militärisch gescheitert, mit furchtbaren Kriegskatastrophen. Zwei scheiterten wirtschaftlich. Immer gab es dabei das Versagen der politischen Eliten.

3. Die Wende 1989 brachte uns die Erfahrung, dass ein Staat, eine hochgerüstete Macht, abrupt zusammenstürzen konnte.

Stärker noch als der Blick allein auf die Wende 89 zeigt der auf das 20. Jahrhundert, dass dies aber nicht nur für einen sozialistischen Staat galt. Welch kurze Perioden des Wilhelminischen Kaiserreiches, der Weimarer Republik, des sogenannten Dritten Reiches und der DDR!

4. DIE LINKE und viele andere halten auch den Kapitalismus nicht für das letzte Wort der Geschichte. Gegen die Apologie und den Ewigkeitsglauben des real existierenden Kapitalismus („TINA“), der mit dem offiziellen Wendegedenken verbunden ist, setzen wir und andere das „Eine andere Welt ist möglich!“, engagieren uns antikapitalistisch und arbeiten an kleinen wie großen Lösungen für viele Probleme, versuchen das gute Leben. Aber da ist eben auch die Erfahrung des Jahrhunderts der jähren Wendungen, dass Krisen in Katastrophen, lokalen wie Menschheitskatastrophen enden können. Gesellschaften können implodieren, Staaten scheitern, nicht nur fernab, sondern hier, mitten in Europa. Auch unsere.

5. Die Wende 1989 markiert auch eine Zeit in der wir wirtschaftlich unsicher und kulturell verunsichert leben und weiter leben werden.

Das ist für DIE LINKE nicht akzeptabel. So wie Generationen im Nahen Osten, eine nach der andern, den Frieden nicht kennend aufwachsen, so wachsen hier in Deutschland und ganz Europa Generationen auf, die wirtschaftliche Unsicherheit in all ihren Ausprägungen und kulturelle Verunsicherung, die damit verbundenen Ängste und den Umgang damit, für den Normalzustand halten. Setzt sich das fest, sind Demokratie und Sozialstaat auf mittlere Sicht verloren. Darum gilt es, 25 Jahre nach der Wende, sich der tieferen, aus den Ereignissen des 20. Jahrhunderts wachsenden kulturellen Wurzeln und Werte unserer Gesellschaft und Europas zu versichern.

6. Die neoliberale Wende von europäischen sozialstaatlich-demokratischen hin zu postdemokratischen 3/3-Gesellschaften (also solchen mit einem relativ gesicherten und zufriedenem „oberen“ Drittel, einer Mitte, in der die Verunsicherung angekommen ist und einem unzufriedenem „unteren“ Drittel mit einem hohen Risiko sozialer und politischer Abkopplung) markiert einen radikalen Bruch mit der deutschen Nachkriegsgesellschaft.

Der Entwurf des Grundgesetzes einer Gesellschaft für alle Menschen *als Menschen* (Art.1), der Freiheit und freien Entwicklung eines Jeden (Art. 2, Abs. 1) und einer integrierten Gesellschaft der Gleichen (Art. 3) entspricht nicht mehr der Realität. Und die Politik, die politischen Eliten sind heute weit davon entfernt, die Herausforderungen zunehmender Ungleichheit, der Armut, der Finanzspekulation, der ökologischen Kosten unseres guten Lebens usw. überhaupt zu erkennen und gar anzunehmen. Auch das wird nun erinnert und zwingt uns zum Handeln.

7. Die Wende 1989 sollte für Europa das Ende des Kalten Krieges werden.

Heute, auf Grundlage umfangreicher geschichtswissenschaftlicher Forschung wissen wir, dass der Westen, vor allem die USA, den Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses verhin-derten. Die Grenze des kalten Krieges existiert noch immer, quer durch Europa, nur weiter gen Osten verschoben.

8. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR brennt es an Europas Grenzen Richtung Afrika, Osteuropa und Naher Osten.

Die politischen Landschaften der EU-Mitgliedsländer sind im Umbruch, autoritäre Regime ersetzen postsozialistische Demokratien, rechtspopulistische und ultrarechte Parteien und Bewegungen stehen in Kernländern an den Schwellen der Macht. Gesellschaften verelenden und verlieren die zivi-lisierte Ordnung. Die Ruhe in Deutschland nach 25 Jahren ist trügerisch.

9. Für DIE LINKE erwächst aus dieser Sicht auf den Herbst 1989 als einer Zeit in der Zeit, als letztes Kapitel des 20. und erstes Kapitel des 21. Jahrhunderts eine große Herausforderung.

Sie muss dazu beitragen, dass sich die Menschen in Deutschland und Europa der eigenen Werte und kulturellen Wurzeln rückversichern und versuchen Wege aufzuzeigen, kommenden sozialen und ökologischen, gar militärischen Katastrophen zu entgehen.

10. DIE LINKE kann, das soll der Rückblick auf das Jahr 1989 leisten, eine Partei werden, die auf das breite Unbehagen an der Postdemokratie und sozialer Ungleichheit mit Antworten auf die großen zwei Fragen reagiert: Was können wir tun? Und: Wo wollen wir hin?

Darum stellen wir heute die Frage: „Wo kommen wir her?“ neu und anders. Nur durch einen *konsequenten* Bezug der Politik auf Freiheit, Würde des Menschen und Gleichheit, Solidarität, Liebe zum Nächsten und gute Nachbarschaft, auf Demokratie und den Primat der Politik, Frieden und Fairness, die Armutproblematik und Nachhaltigkeit, kann ein Systemversagen, ein Scheitern von Staat und Gesellschaft in Deutschland und Europa verhindert werden.

11. Der Rückblick zeigt: Alles hat seine Zeit. So darf der Hoffnung Ausdruck verliehen werden, dass die Zeit der Unsicherheit, der Verunsicherung, der Überforderung und Verzwecklichung des Menschen, der Überbeanspruchung der Institutionen und der Hybris des Profitmachens, der Prekariisierung, von Armut und Reichtum – kurz: des *Kapitalismus nach dem Ende des Kalten Krieges* 1989 eine kurze sein mag.

Harald Pätzolt, 12.8.2014

Eisenbahnergewerkschaft zum Zugunglück in Mannheim • UN soll Flüchtlingen im Nordirak helfen

HDP nach den Wahlen gestärkt 4
Auszüge aus Interviews mit dem Ko-Vorsitzenden der HDP Selhattin Demirtas in der deutschen Presse

Konjunkturausblick: wolkig 6

Auslandsnachrichten 8

Italien: Aktionstag gegen Ikea • Ungarn: Hankook verletzt Gewerkschaftsrechte • Türkei: Hakan Plastik unterzeichnet Tarifvertrag • Ägypten: Beilegung des Konflikts bei Mondelez • USA: Arbeitskonflikt der Greyhound-Beschäftigten • Argentinien: Lehrerstreik • Ghana: Gewerkschaft gewinnt neue Mitglieder bei G4S • Südafrika: Numsa beendet Metallstreik erfolgreich • Bangladesch: Streik wegen ausstehendem Lohn

Aktionen ... Initiativen 10

Standort Gorleben behält seinen Vorsprung • Kühlung muss immer gewährleistet sein – Zwei Störfälle im AKW Krümmel • Reform der Leistungen für Asylbewerber • Kein Fortbestand der Abschiebungshaft durch die Hintertür der Amtshilfe! • Solidarität mit den hungernden Beschäftigten der Tubagruppe im Hungerstreik • Hiroshima und Nagasaki unvergessen – auch in Deutschland • Auf Recht Bestehen – Kein Sonderrecht im Jobcenter • Sozialverband SoVD fordert umfassende Hartz-Reform

Nach viel politischem Protest gegen NPD-Hehlreißungslose Konstituierung des neuen Mannheimer Gemeinderates 12

Stadtrat Thomas Trüper (Die Linke), Kundgebungsbeitrag am 21. Juli

Land- und Oberlandesgericht München hebeln Freiheit der Kunst aus 13

Kommunale Politik 15

Erklärung zum Brandanschlag auf die Synagoge in Barmen: Wuppertal. • Kein Cent für Olympia! Kiel. • Aus Hindenburg: wird Gretel-Bergmann-Damm: Berlin. • Lüneburg braucht einen Masterplan zur Wohnungspolitik. Lüneburg. • Kommunale Schulden auf bedrohlich hohem Niveau: Berlin

This is not Detroit – Zur Entwicklung der Opel-Flächen in Bochum 16

„Bei Hamburgs Feuerwehr brennt die Hütte“ 17

Wirtschaftspresse 18

Der lange Weg nach Gaza 18

11 Thesen zu 25 Jahren Wende 23

Flucht und Vertreibung im Syrien-Konflikt – neue Studie bei der Rosa Luxemburg Stiftung

Eine interessante Studie der Rosa Luxemburg Stiftung, kofinanziert vom Entwicklungshilfeministerium über die Situation der Flüchtlingen in Syrien ist jetzt als Online-Broschüre erschienen (www.roaslux.de). In einem Vorwort und einer Einleitung werden die Ursachen und Hintergründe des Syrienkonflikts beleuchtet. Wir zitieren auszugsweise:

Was Mitte März 2011 – inspiriert vom „Arabischen Frühling“ in Tunesien und in Ägypten – als Aufruhr gegen staatliche Willkür in der Südpfalz Daraa begann, mündete alsbald in einen blutigen Bürgerkrieg, ausgelöst durch den von staatlichen Sicherheitskräften zu verantwortenden Schusswaffengebrauch gegen friedliche DemonstrantInnen. Im Land garte schon vorher eine wachsende Unzufriedenheit mit dem in Syrien seit 1963 ununterbrochen an der Macht befindlichen Baath-Regime, das sich durch einen autokratischen Herrschaftsstil auszeichnet und in der arabischen Welt eine absolute Führungsposition beansprucht. Mit den in Daraa begonnenen Protesten, die sich bald auf das übrige Land ausweiteten, verband sich die Hoffnung, nun endlich auch in Syrien eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft herbeiführen zu können. Diese Hoffnung hat sich jedoch als trügerisch erwiesen, da der innersyrische Konflikt auffällig rasch von äußeren Interessen – globalen wie insbesondere auch regionalen – überlagert worden ist. Nicht nur militarisierte sich der Konflikt zusehends durch diese äußere Einflussnahme. Er nahm auch den Charakter eines Stellvertreterkrieges an, bei dem es um jeweils rivalisierende Bestrebungen nach einer politischen Neuordnung geht und bei der der „sunnitisch-schiitische Konflikt“ eine entscheidende Rolle spielt.

Nichtsdestoweniger aber verfügt das syrische Regime offensichtlich auch im Innern – vor allem unter AlawitInnen und ChristInnen, aber auch bei Teilen des städtischen sunnitischen Bürgertums – nach wie vor über einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt. Das rührt nicht zuletzt daher, weil es der Opposition bislang nicht gelungen ist, eine akzeptable politische Alternative anzubieten, und sie sich zu unentschieden gegenüber radikalen Gruppierungen und Tendenzen verhält. Derweil versuchen sich die in den Nordprovinzen

siedelnden syrischen KurdInnen, soweit dies möglich ist, aus dem Konflikt herauszuhalten. Stattdessen wollen sie in dem von ihnen als Rojava bezeichneten Gebiet einen lang gehegten Plan umsetzen: die Errichtung eines autonomen syrischen Teilstaates mit direkter kommunaler Demokratie. Allerdings müssen auch sie sich zunehmenden Angriffen seitens extremistischer Rebellen erwehren, weswegen sie großen Wert auf die Fähigkeit zur Selbstverteidigung legen.

Wie fürchterlich die Auswirkungen des Syrien-Konflikts bereits zum jetzigen Zeitpunkt sind, das verdeutlichen die nachfolgenden Ausführungen zur Flüchtlingskrise. Am Beispiel der syrischen und insbesondere der palästinensischen Zivilbevölkerung wird veranschaulicht, wie Flucht und Vertreibung nicht nur das normale tägliche Leben, sondern auch die physische Existenz von Millionen von Menschen bedrohen. Die Studie gibt auch einen Eindruck davon, welcher Druck auf den zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen und den umliegenden Staaten lastet. So hat das kleine Nachbarland Libanon mit einer Gesamtbevölkerung von knapp 4,5 Millionen Menschen in den letzten Jahren schätzungsweise 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen – und gerät damit mehr und mehr an seine Belastungsgrenze.

Dem Projektteam ist es gelungen, eine beachtliche Menge an Informationen zu den Ereignissen und Entwicklungen in Syrien und im Libanon zusammenzutragen. Allerdings ist zu erwähnen, dass die schwierige Sicherheitslage in vielen der umkämpften, aber auch der Fluchtregionen sowie die Brisanz der verschiedenen Themen, die Gegenstand dieses Berichts sind, eine noch umfassendere Erhebung zu den Lebensbedingungen der Vertriebenen und Geflohenen in den beiden Untersuchungsländern Syrien und Libanon verhindert hat.

An dieser Stelle möchten wir auch noch auf die im Kontext des Syrien-Konflikts und der regionalen Entwicklungen sehr wichtige Kurdenfrage hinweisen. Die syrischen KurdInnen sind gegenwärtig die einzige Bevölkerungsgruppe im Land, die auf eine Art „föderalistischer Lösung“ für ihre Siedlungsgebiete hoffen kann, auch wenn diese momentan noch umkämpft sind.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sechs Wochen am 18. September 2014.

Redaktionsschluss: Freitag, 12. September.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2014:

16. Oktober, 13. November, 11. Dezember.